

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidiums Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Bestellgeld. — Die Einzelnummer kostet 10 Pf. Telefon Sammelnummer 72208 — **Postcheckkonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72208. — **Berling in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72208

Inseratenpreise: Die 10 gelb. Kolonellzeile 35 Pfg., bei Blauproschrift 40 Pfg. Stellenangebote 10 gelb. Kolonellzeile 25 Pfg. Familienanzeigen von Privaten die 10 gelb. Kolonellzeile mit 50% Nachlaß. Reklamezeile 2 Mk. Inserate v. ausw.: die 10 gelb. Kolonellzeile 40 Pfg. bei Blauproschr. 50 Pfg. Reklamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Zerschlagung der Staatschule. Errichtung der Kirchenschule in Deutschland.

Die Sächsische Republikanische Korrespondenz veröffentlicht den bisher streng geheim gehaltenen Entwurf der Reichsregierung zum „Gesetz zur Ausführung des Artikels 146 Absatz 2 der Reichsverfassung und über die Erteilung von Religionsunterricht in den Volksschulen. Aus diesem hoch interessanten Dokument geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß die Staatschule zerschlagen und die Kirchenschule in Deutschland aufgerichtet werden soll. Gleichzeitig gibt dieser Gesetzesentwurf aber auch den Schlüssel zu der reaktionären Einstellung der Zentrumsfraktion in den letzten Monaten; denn dieses Gesetz soll offenbar die Belohnung für den Eintritt des Zentrums in den Wirtschaftsblock darstellen.

Der Entwurf hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Unter Bekenntnis im Sinne dieses Gesetzes ist ein Religionsbekenntnis zu verstehen, zu dessen gemeinschaftlicher Pflege eine Religionsgesellschaft besteht, welche die Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts besitzt (Art. 137 A.V.).

§ 2. Unter Weltanschauung im Sinne dieses Gesetzes ist eine Weltanschauung zu verstehen, zu deren gemeinschaftlicher Pflege eine Weltanschauungsgesellschaft besteht, welche die Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts besitzt (Art. 137 A.V.).

§ 3. Unter Gemeinden im Sinne des Artikels 146 Abs. 2 der Reichsverfassung und im Sinne dieses Gesetzes sind die öffentlichen Verbände zu verstehen, die zur Errichtung und Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen für die ihnen zugewiesenen Einwohner bestimmt sind.

§ 4. Die Merkmale der Volksschule eines bestimmten Bekenntnisses sind folgende:

1. Sie dient zur Aufnahme von Schülern (Schülerinnen) eines bestimmten Bekenntnisses, doch kann auch die Aufnahme von Schülern eines anderen Bekenntnisses oder bekenntnislosen Schülern zugelassen werden; sie verleiht ihre Eigenschaft als Bekenntnisschule weder dadurch, daß Kinder, die nicht dem Bekenntnis angehören, aus besonderen Gründen zugelassen werden, noch dadurch, daß für die Schüler eines anderen Bekenntnisses schulpflichtiger Unterricht erteilt wird.

2. Die an ihr hauptamtlich angestellten Lehrkräfte müssen dem Bekenntnis angehören, für welches die Schule bestimmt ist. Die Anstellung und Befähigung von Lehrkräften anderer Bekenntnisse bleibt für besondere Fälle zulässig; die Befähigung von Bekenntnislosen ist nur in besonderen Ausnahmefällen und nur vorübergehend gestattet.

§ 5. Die Bekenntnisschulen sind nach dem Bekenntnis, für das sie bestimmt sind, zu bezeichnen.

Die gesamte Unterrichts- und Erziehungsarbeit in den Bekenntnisschulen muß getragen sein von dem Geiste des Bekenntnisses. Im Lehrplan und Lehrstoff sowie bei der Auswahl der Lehr- und Lernmittel ist gebührende Rücksicht auf das bekenntnismäßige Gepräge der Schule zu nehmen.

Im Schulbetriebe sind die dem Bekenntnis eigenen religiösen Übungen und herkömmlichen Gebräuche zu pflegen.

Die bekenntnismäßigen besonderen Feiertage und sonstigen religiösen Gedenktage sind zu halten.

Der Religionsunterricht ist in Übereinstimmung mit den Grundgesetzen der betreffenden Religionsgesellschaft unbeschadet des Ausschließungsrechtes des Staates zu erteilen. Die Einführung von Lehr- und Lernbüchern für den Religionsunterricht hat im Benehmen mit der Religionsgesellschaft zu erfolgen. Die Zahl der Unterrichtsstunden und der Lehrpläne hierfür ist im Einvernehmen mit der Religionsgesellschaft festzusetzen.

Die Länder sind verpflichtet, auf die Innehaltung der in den vorherigen Absätzen gegebenen Bestimmungen zu achten und bei Verstößen für Abhilfe zu sorgen; Lehren, deren Tätigkeit den Vorschriften zuwiderläuft, ist erforderlichenfalls der Unterricht an der Bekenntnisschule abzunehmen.

§ 7. Der Unterricht ist in Übereinstimmung mit den Grundgesetzen der betreffenden Weltanschauung unbeschadet des Ausschließungsrechtes des Staates zu erteilen.

§ 8. Zum Besuch der weltlichen Schule darf kein Schulfeld wider den Willen der Erziehungsberechtigten angehalten werden. Kein Lehrer, der einem Bekenntnis angehört, darf gegen seinen Willen an einer weltlichen Schule angestellt werden.

§ 9. Für die Gebiete des Reiches, in denen die Volksschulen schon nach landesrechtlicher Vorschrift Bekenntnisschulen sind, oder in denen die Einrichtung von Volksschulen eines bestimmten Bekenntnisses auf Antrag von Erziehungsberechtigten schon nach Landesrecht unter bestimmten Voraussetzungen verlangt werden kann, können die bisherigen Vorschriften in Geltung bleiben. Im übrigen können die Länder auch für die Einrichtung der bei ihnen zugelassenen Bekenntnisschulen an Stelle ihrer bisherigen Vorschriften die Bestimmungen der §§ 14, 15, 16, 17, 21, 22 ganz oder teilweise einführen.

§ 10. Die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes bestehenden Volksschulen, die den Anforderungen des § 4 im wesentlichen entsprechen, gelten als Bekenntnisschulen im Sinne dieses Gesetzes; sie müssen indessen binnen 2 Jahren nach Inkrafttreten dieses Gesetzes in vollständige Übereinstimmung mit den Vorschriften der §§ 4 und 5 gebracht werden, soweit dieses nicht der Fall ist.

§ 11, 12, 13 und 14 wiederholen zum großen Teil das bereits Gesagte, ebenso die §§ 16, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28.

§ 15. Dem Antrag auf Errichtung einer Bekenntnisschule ist stattzugeben, wenn der Antrag von den Erziehungsberechtigten

so viel schulpflichtiger Kinder der Gemeinde gestellt wird, als im Durchschnitt der letzten fünf Jahre auf eine Schulstelle in dieser Gemeinde entfallen sind.

Sind in einem Lande Höchstzahlen für den Besuch einer Volksschulklasse vorgeschrieben, so genügt es für den Antrag, wenn der Antrag für so viel schulpflichtige Kinder gestellt wird, als diese Höchstzahl beträgt, auch wenn in der Gemeinde im Durchschnitt mehr schulpflichtige Kinder auf eine Schulstelle entfallen sollten. In jedem Falle genügt ein Antrag von Erziehungsberechtigten von durchschnittlich 40 schulpflichtigen Kindern.

§ 17. Besteht in einer Gemeinde nur eine Schule mit nur einer Schulstelle und wird von den Erziehungsberechtigten der Mehrheit der Schulkinder die Umwandlung dieser Schule in die Schule eines bestimmten Bekenntnisses beantragt, so ist die Schule in die beantragte Schulart umzuwandeln, sofern die Mehrheit der Schulkinder in jedem der letzten fünf Jahre dem betreffenden Bekenntnis angehört hat oder, wenn dies nicht der Fall ist, der Antrag von den Erziehungsberechtigten von wenigstens drei Vierteln der Schulkinder gestellt wird.

Sind zwar mehrere Schulen in einer Gemeinde vorhanden, ist aber aus örtlichen Gründen eine Ueberweisung der Schulkinder der einen Schule an die andere ohne Wohnungswechsel der Schulkinder nicht tunsich und befinden sich unter diesen Schulen solche mit nur einer Schulstelle, so gilt für diese Schulen das im Abs. 1 Bestimmte.

§ 18. Die Länder haben die nötigen Vorkehrungen zu treffen, daß für eine den Bedürfnissen und besonderen Erfordernissen der Bekenntnisschule entsprechende Ausbildung der Lehrer und Lehrerinnen in ausreichendem Umfange gesorgt ist.

§ 19. Wo über die Ausbildung von Seelförgeren staatliche Bestimmungen gegeben sind, sind die diesen Bestimmungen gemäß ausgebildeten Seelförger zur Erteilung von Religionsunterricht als wissenschaftlich befähigt zu erachten.

§ 20. In die örtlichen Schulverwaltungsorgane, denen Volksschulen mit Religionsunterricht als ordentlichem Lehrfach unterstellt sind, sind Vertreter der entsprechenden Religionsgesellschaften mit Stimm und Stimme aufzunehmen, soweit die Religionsgesellschaften zu den in § 1 genannten gehören. Unterliegen diese Schulverwaltungsorgane nur Schulen bestimmter Bekenntnisse, genügt es, wenn nur die Vertreter der betreffenden Religionsgesellschaften aufgenommen werden, auch können für die Gebiete des Reiches, in denen gemäß § 9 die bisherigen Vorschriften in Geltung bleiben, die Vorschriften über die Zusammensetzung der örtlichen Schulverwaltungsorgane bestehen bleiben.

Bei der Besetzung der Stellen von Schulaufsichtsbeamten ist auf die Art der ihnen unterstellten Schulen Rücksicht zu nehmen.

§ 22. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage nach seiner Verkündung in Kraft. Die Länder sind gehalten, die zur Durchführung des Gesetzes erforderlichen Vorschriften alsbald zu erlassen.

Dem Entwurf ist eine umfangreiche Begründung beigegeben; auf beides wird ausführlich einzugehen sein, wir werden die Fachleute erst zu Wort kommen lassen. Notwendig ist, daß sich die Länderregierungen äußern, in denen unsere Partei durch Minister vertreten ist, oder, wie das in Sachen der Fall ist, diese Minister sogar in der Mehrheit sind.

Die Londoner Juristenkonferenz begonnen.

London, 2. September.

Gestern Abend fand im britischen Außenministerium die erste Besprechung der Rechtsfachverständigen zur Besprechung der technischen und juristischen Fragen des vorgeschlagenen Sicherheitsvertrages statt. Der italienische Vertreter, Piloti, der nachmittags in London eingetroffen war, nahm an der Sitzung teil. Man vermutet, daß die Verhandlungen drei Tage dauern werden.

Briand und Chamberlain in Genf.

Beginn der Völkerbundssitzung am Mittwoch. — Tschischewin als Beobachter?

Genf, 1. September. (Radio.)

Briand und Chamberlain sind am Dienstag in Genf angekommen. Die Eröffnungssitzung des Völkerbundesrates wird Mittwoch, 11 Uhr, stattfinden. Man rechnet allgemein mit einem vierzehntägigen Aufenthalt Chamberlains in Genf. Die Fragen des Sicherheitspaktes werden ganz besonders auch mit dem tschechischen Außenminister Beneš und dem polnischen Außenminister im Zusammenhang mit den Plänen Benešs für die kleine Entente besprochen werden. Am gleichfalls den Abschluß eines Sicherheitspaktes unter Regide des Völkerbundes durchzusetzen, gewinnt die Sonderkonferenz der baltischen Staaten, die am 15. September in Genf stattfinden soll, eine besondere Bedeutung. An dieser nehmen Finnland, Lettland, Estland und Polen teil, während Litauen seine Teilnahme ablehnte. Diese Ablehnung wird die Bildung des Baltischen Blocks gegen Deutschland und Rußland, die Polen erstrebt hatte, illusorisch machen. Im Hinblick auf diese Vorgänge gewinnt die Meldung der Genfer Presse an Bedeutung, daß Tschischewin als Beobachter nach Genf kommen wird. Eine Bestätigung war bislang noch nicht zu erlangen. Voriges Jahr war ein bekannter baltischer Kommunistenführer als russischer Beobachter tätig.

Bankrott.

Just am selben Tage, an dem der prominente Führer der kommunistischen Partei Deutschlands, Maslow, vor dem Staatsgerichtshof erscheint, um sich wegen der einzig richtigen „revolutionären“ Taktik zu verantworten, die im vorigen Spätsommer angewandt wurde und zu einer totalen Niederlage seiner Partei führte, erläßt das Zentralkomitee der kommunistischen Partei Deutschlands im Auftrage der Moskauer Exekutive einen offenen Brief an die Parteimitglieder, worin eine völlig neue Taktik für die Partei angekündigt und festgelegt wird. Die Ursache des Entschlusses, mit der Vergangenheit vollständig zu brechen, wird in dem mehr als neun Spalten langen Schreiben dargelegt. Sie besteht nach den Verfassern darin, daß alle bisherigen Versuche, „an die Massen der Arbeiterschaft in Deutschland heranzukommen und sie für die kommunistische Partei zu gewinnen“, total scheitern gelassen haben. Das Schriftstück ist ein einziger Beleg für den völligen Bankrott der bisherigen Politik und Taktik der kommunistischen Partei Deutschlands. Und aus den Vorschlägen, die zu der jetzt so beliebten Sanierung gemacht werden, geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß es sich auch hier nicht darum handelt, eine starke kommunistische Partei Deutschlands zu schaffen, die den Hauptzweck hat, Arbeiterinteressen zu vertreten, sondern um ein machtpolitisches Mittel, mit dem die Moskauer Diktatoren ihre Außenpolitik treiben können. Das geht aus mehreren Stellen des Briefes hervor. Die Moskauer Diktatoren fühlen allmählich, daß sich die kapitalistischen Staaten gegen sie wenden und daß sie allein nicht imstande sind, diesen Ansturm abzuwehren. Sie sind auf die Hilfe der Arbeiterschaft in jenen Staaten angewiesen. Aber überall haben sie die Arbeiterschaft so geschwächt und gegen sich aufgebracht, daß es nun die höchste Zeit ist, umzukehren, um sie für sich zu gewinnen. „Die weltpolitische Lage kann man als sehr kritisch betrachten“, so heißt es in dem Schreiben. Dann wird darauf eingegangen, wie sich die kapitalistischen Staaten, besonders die der Entente, gegen Rußland wenden. Als sehr wichtige Erscheinung in diesem Komplex sei die Neuorientierung Deutschlands nach dem Westen zu bezeichnen. Diese Orientierung schaffe eine andre allgemeine Stimmung im Volke, und teilweise finde sie auch ihre Widerpiegelung in dem am wenigsten klassenbewußten Teil des Proletariats. Diese Erkenntnis, die sozialistische Arbeiterschaft auch Deutschlands für sich zu gewinnen, kommt etwas spät, sie ist aber nicht allein durch die näherliegende Gefahr gekommen, sondern durch den vollen Bankrott der kommunistischen Sektion der bolschewistischen Internationale in Deutschland. Stelle diese auch nur noch so etwas wie eine Scheinmacht dar, die Moskauer Diktatoren hätten wahrscheinlich diesen Brief nicht geschrieben, worin der völlige Bankrott offen zugegeben wird. Ob sie jetzt mit ihrer neuen Taktik imstande sind, so schnell die Sympathie der Arbeiter Deutschlands für sich zu gewinnen, wie sie sie für ihre politischen Zwecke brauchen, das scheint uns sehr fraglich zu sein. Aber das ist eine Frage der Zukunft, die uns im Augenblick nicht weiter interessiert. Viel wichtiger ist, wie sie ihren völligen Bankrott eingestehen, wer daran Schuld ist und was in Zukunft zu geschehen hat. Vor allem schieben sie ihn auf einzelne Gruppen in der deutschen Sektion, besonders der der Maslow-Ruth Fischer, und stellen es so dar, als ob er vermieden worden wäre, wenn allen Anweisungen aus Moskau und den Beschlüssen der Internationale Rechnung getragen worden wäre. „Wir sagen klar und deutlich: Nicht um Personen handelt es sich, sondern um die Sache der Partei und der Revolution, wenn wir aus eigenen Kräften, unter Führung der kommunistischen Internationale, die Umwälzungen von der Linie des Bolschewismus richtigstellen. Die Partei muß endgültig brechen mit einem System, das uns von den großen Massen des Proletariats getrennt und bis zu einem gewissen Grade isoliert hat. Wir sprechen offen aus, daß wir in dieser Beziehung unsern politischen Kurs ändern, mögen unsre Gegner hoffen, mögen sogar einige Stimmen in unsern eigenen Reihen behaupten, die Partei vollziehe eine Uenderung nach rechts, zum Opportunismus.“ Uns scheint, daß an der völligen Zerstörung der kommunistischen Sektion in Deutschland die russischen Diktatoren ebensoviel Schuld haben wie die führenden Persönlichkeiten, die jetzt als Sünderbücher in die Wüste geschickt werden, oder früher schon geschickt wurden. Diese Gemahregelten werden wohl zu den schwereren Anklagen nicht schweigen können, obwohl seltsamerweise die am meisten betroffene Ruth Fischer diese Anklagen unterschrieben hat und ihre Sünden somit öffentlich eingestrichelt. Allerdings hat die Gruppe Maslow-Fischer nach den Darlegungen eine eigene Regierung in der kommunistischen Partei aufgetan gehabt. Und sie hat ihren Willen bei der ganzen Partei immer durchzusetzen verstanden. Sie hat auch mit dem Rezept Lenins erfolgreich gearbeitet, daß man gegen die eigenen Freunde mit Lüge, Betrug und List arbeiten dürfe. Sie hat verstanden, die Anweisungen der Exekutive unmöglich zu machen, und es heißt da, daß in einem Falle die Exekutive dreimal nachträglich Anträgen erhalten und dreimal ihre Ratsschlüsse bestätigt habe. Auf dem letzten Parteitag aber seien diese Beschlüsse nicht durchgeführt wor-

Aufmarsch der Reaktion.

Hindenburg gibt die Uniformen frei!

Durch eine Verordnung des Reichspräsidenten v. Hindenburg, gegengezeichnet vom Reichswehrminister Gessler, auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung, wird mit sofortiger Wirkung die Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. August 1921, betreffend das Verbot des Tragens der Militäruniform, aufgehoben!

Von „unabhängiger amtlicher Seite“ wird dieser Schritt der Reichsregierung damit begründet, daß nunmehr „erhebliche Störungen und Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“, die die Grundlage für den Artikel 48 der Reichsverfassung bilden, nicht mehr vorliegen. Der Reichspräsident hat sich daher entschlossen, mit der Aufhebung der Verordnung, die schon 4 Jahre lang in Kraft ist, nicht länger zu warten.

Hindenburgs Uniformgebot, für das der demokratische Reichswehrminister Dr. Gessler die verfassungsmäßig notwendige Unterschrift geleistet hat, mag auf den ersten Blick im heutigen Witzwort der sozialen und politischen Bedrängnis des deutschen Volkes von nicht allzu großem Belang erscheinen. Ob das Straßenbild von nun an eine buntsfarbigere Belebung erfährt und die Gedanken des deutschen Spielers auf die reichhaltige „gute alte Zeit“ zurückgeleitet werden, mag uns nicht viel stören. Aber dieser Erlass zeigt, daß die deutsche Bourgeoisie nun machtvoll genug ist, um ihrer politischen Aktivität auch die Hilfe von Militäruniformen zu verschaffen. Diese Verordnung ist eine ungeheure Provokation der deutschen Arbeiterklasse, eine Provokation, deren Verwirklichung ihre die Machtlosigkeit vor Augen halten und dem einheitlichen Kampfeswillen der deutschen Bourgeoisie auch hierin einheitlichen Ausdruck verschaffen soll. Die deutsche Arbeiterklasse weiß nur zu gut, was militärische Uniformen veranblichen, und sie wird dieser Provokation zu begegnen haben, indem sie der deutschen Reaktion zeigt, daß in dieser Republik einzig und allein es dem deutschen Proletariat gegeben ist, seinen Inhalt zu formen und die jener ideologischen Illusion zu entkleiden, die, wie Offiziersuniformen, eine bestimmte gesellschaftliche Realität im Zeitalter des Imperialismus widerspiegelt. Das deutsche Volk hat unter diesem Signum so viel Ströme von Blut vergießen müssen, so viel Elend und Enttäuschung auf sich genommen, daß es nur zu sehr das wahre Gesicht dieses Erlasses begreifen kann.

„Brüder, reicht die Hand zum Bunde...“ Eine buntgewürfelte Gesellschaft — aber deutlichen Charakters.

SPD, Weimar, 1. September.
Ein Reichswehrparität, das am Sonntag in Meiningen stattfand und dem auch Reichswehrminister Dr. Gessler beimohnte, unterschied sich durch nichts von einer nationalitätlichen Veranstaltung. Der demokratische Reichswehrminister schien nicht geneigt zu haben, daß das Hotel, in dem er wohnte, demonstrativ die ehemalige herzoglich-meiningische gelbe Fahne gehißt hätte, vor der zwei Reichswehrgenossen mit aufgespieltem Seitengewehr standen. Die Reichs- und Bundesfarben waren dafür von der Reichswehr völlig gemieden worden. Mit Erstaunen konnte ferner beobachtet werden, wie ein verwegenes dreihäusiger Zug Jungbo geschlossen auf dem Sportplatz angetroffen kam. An der Spitze dieses Zuges marschierte der Czprinz Georg von Sachsen-Meiningen.

Die beleidigte Kirche.

Der verantwortliche Redakteur des Zeiter Volksboten zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt!

Zeiter, 31. August.
Wegen Gotteslästerung und Beschimpfung der christlichen Kirche in vier Fällen war am Freitag Genosse Penzner vor die Schranken des Zeiter Amtsgerichts gefordert worden.
Im Volksboten war unter Wahlkreisnachrichten ein Artikel erschienen: *Hohennässen, Kettenbriefe*, worin gegen das Weiberecht, den Kettenbrief, die Erziehung zum kirchlichen Wunderglauben verantwortlich für die Möglichkeit solchen Uberglaubens gemacht wurde; außerdem unter Fälschung ein Gedicht: *Die Bogelknechte* von Felix Kieckhefer, in dessen zweitem Vers es heißt: „Die erste Puppe ist Gott der Herr mit vielem Weibtraum und vielem Geplär.“ In der Weihnachtsbesänge erschien ein Gedicht *„Himmliche Kunde“* von Karl Danz und später ein Gedicht *„Die heilige Dreifaltigkeit“*.
Genosse Penzner

erklärte, für sämtliche angezogenen Fälle die pressegesetzliche Verantwortung übernehmen zu wollen. Zu dem Kettenbrief-Artikel bemerkte er, daß er als Redakteur einer sozialistischen Zeitung und außerdem als Mitglied der Gemeinschaft proletarischer Freidenker es für seine Pflicht erachte, bei jeder Gelegenheit Uberglauben irgendwelcher Art scharf zu bekämpfen. Der Artikel bekämpfe die gemeinliche Wurzel solchen Uberglaubens, den kirchlichen Wunderglauben, der einen späteren Mißbrauch des ursprünglichen urchristlichen Kommunismus bedeute, den jeder Sozialist gern anerkenne. Herabsetzung der Kirche habe ihm fern gelegen.
Auch bei den andern Delikten könne von einer Gotteslästerung keine Rede sein.

Der Amtsanwalt beantragte „wegen grober Verhöhnung der Kirche“ für jeden Fall drei Monate Gefängnis, zusammen insgesamt 6 Monate Gefängnis.

Zu Beginn seines Plädoyers kritisierte Dr. Graf zunächst, daß der Amtsanwalt sich bei einem so weitgehenden Strafverlangen nur mit allgemeinen Redewendungen begnügt habe, ohne ihn eingehender zu begründen. Er beantragte Freisprechung.

In seinem Schlusswort bemerkte Genosse Penzner, daß der in den letzten Jahren des vorigen Jahrhunderts geschaffene § 166 (Gotteslästerung) dem Artikel 185 der Weimarer Reichsverfassung widerspreche, nach welchem alle Bewohner des Reiches volle Glaubens- und Gewissensfreiheit

genießen. Durch den § 166 wird ein bestimmter Teil der Staatsbürger, nämlich der der Kirche Angehörige, unter besonderen Schutz gestellt. Der § 166 wird deshalb bei der in Arbeit befindlichen Strafrechtsreform verschwinden müssen.

Tatsächlich ist durch die Gedichte im Volksboten kein Lezer deselben in seinen inneren Gefühlen verletzt worden. Erst auf besonderen Wunsch hin ist von Leuten Ketzern genommen worden, die sonst nicht den Volksboten lesen. Uebrigens sei gerichtsnotorisch (am Gotteslästerungsprozeß gegen Genossen Arthur Wolff, Dresden, 1923) festgestellt, daß

Gott keine Person, sondern ein von Menschen gebildeter, im Laufe der Entwicklung sich wandelnder Begriff

Eintritt brauchten diese Verbündeten der Reichswehr nicht zu zahlen, denn sie waren

offiziell vom Bataillonkommandeur eingeladen worden. Bei diesem Aufmarsch der Jungbo-Männer kam es zu einem

originellen Zwischenfall.

Der Kommandeur hat eine Begleitperson des Ministers, er möge diesen unterhalten, damit er vom Eintreffen des Jungbo nichts merke. Diesen Auftrag führte der Generalfeldwebel mit großem Eifer aus. Währenddessen ließ der Bataillonkommandeur seinen Feldwebel die Fahnen des Jungbo einlegen. Und tatsächlich schien der Minister von dem ganzen Hergang nichts beobachtet zu haben. Um den Hohn auf die Republik und ihren Reichswehrminister vollzumachen, begab sich der abgedankte Herzogsohn in seiner Jungbo-Führeruniform zum republikanischen Minister, mit dem er sich während der sportlichen Veranstaltungen unterhielt. Auch bei der Preisverteilung nahm der Czprinz neben dem Minister der Republik teil.

Nun wage noch jemand zu behaupten, daß die deutsche Reichswehr und ihre demokratischen Minister nichts anderes seien, als — — — nein, den Satz darf man in der freiesten Republik der Welt nicht gut vollenden. Ein Kommentar zu vorstehender Meldung ist schlicht nicht vorhanden. Nur soviel weiß die deutsche Arbeiterklasse über den Sinn und Zweck dieser Reichswehr, auch wenn ein demokratischer Minister für sie verantwortlich zeichnet, daß in ihrem politischen Programm die Forderung zu stehen hat: diese Reichswehr muß verschwinden. Wenn der vorjährige Berliner Parteitag der Sozialdemokratie diese programmatische Forderung, die von dem Genossen Gumbel-Breslau erhoben wurde, sich nicht zu eigen gemacht hat, so hoffen wir, daß der diesjährige Heideberger Parteitag an Stelle der auf Demokratisierung, Republikanisierung und wie man das sonst noch mit schönen Namen umgibt, tendierenden Sätze, die der Programmtext für den tagesspolitischen Teil vorliegt, die eindeutige Klipp und klare Formel gewinnt, die im endgültigen Programm Wirklichkeit werden möge: die Sozialdemokratie verlangt die Abschaffung der deutschen Reichswehr.

Die württembergische Regierung zum Fall Gumbel.

Hand in Hand mit den völkischen Studenten.

U. Berlin, 2. September.
Der Berliner Lokalanzeiger meldet aus Stuttgart: Das württembergische Kultusministerium hat die Beschwerde der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Akademiker wegen des Verbots einer von Dr. Gumbel einberufenen Versammlung durch das Rektorat der Universität Tübingen abgewiesen. In der Begründung des Ministeriums heißt es: Das Auftreten einer solchen gehandmarkten Persönlichkeit in Tübingen mußte von allen Studenten mit gesunder patriotischer Einstellung als Herausforderung aufgefaßt werden, so daß der Rektor mit Recht Sektionen in der Ordnung des akademischen Lebens befürchten mußte.

Die württembergische Regierung hat durch diese Erklärung die bekannten Treibereien der deutschhöchsten Kommando gedeckt. Die Begründung des Ministeriums nimmt uns bei seiner politischen Zusammenfassung keinesfalls wunder. Dr. Gumbel hat durch seine zahlreichen Veröffentlichungen über das Getriebe der deutschen Reaktion der deutschen Arbeiterklasse unerschöpfbare Dienste geleistet. Und wenn ein württembergischer „republikanischer“ Zentrumsminister „mit gesunder patriotischer Einstellung“ ihm darauf groß: die deutsche Arbeiterklasse und die deutsche Sozialdemokratie bewahrt dem Genossen Gumbel auch weiterhin die Treue.

den. Die Beschlüsse seien von dieser Gruppe nicht nur sabotiert, sondern auch eine derartige Behandlung der Delegation der Exekutive hervorgerufen, daß die letztere gezwungen wurde, eine entsprechende Erklärung abzugeben. Am Schlusse des Parteitages wurde ein Bündnisangebot der Gruppe Scholem-Rosenberg gegen die Exekutive stillschweigend angenommen, was prinzipiell war, da politisch der Parteitag im Geiste des Kampfes gegen die Ultralinks geführt worden war. Mit der Vertretung der Jugendinternationale wurde ebenfalls ein Konflikt hervorgerufen und schließlich eine sehr schwere Krise geschaffen. Aber das ist nur der letzte Teil des Kampfes dieser Gruppe gegen die Exekutive. Schon früher, beim Frankfurter Parteitag, wurde in einem Zirkular an alle Bezirkssekretäre gefandt, um sie zum Protest gegen die Exekutive aufzureizen. Die gewerkschaftsfeindliche Propaganda in den Reihen der Partei wurde bis zum 5. Weltkongreß nicht genügend bekämpft. Als dann der fünfte Weltkongreß die internationale Gewerkschaftseinheit beschloß, haben die leitenden Personen in der deutschen Partei noch dagegen gearbeitet. Es werden dann noch eine Reihe andre Verfehlungen angeführt und dann heißt es:

So verstärkten sich die schweren Verluste, die unsre Partei im letzten Jahre auf allen Gebieten der Gewerkschaftsarbeit erlitt. Während die Opposition auf dem letzten Weltkongreß 1922 88 Delegierte zählte, ist sie auf dem diesjährigen nur durch zwei Delegierte vertreten. Wir haben eine Reihe von Jahrestellen und Ortsstellen verloren. Nicht nur zahlenmäßig, sondern auch ideologisch und vor allem organisatorisch ist unser Einfluß auf die mehr als 80 Prozent parteilosen Mitglieder der deutschen freien Gewerkschaften aufs stärkste zurückgegangen.

Von besonderem Interesse ist auch, wie stark die Einwirkung der sozialistischen Politik auf die kommunistischen Anhänger ist, was bekanntlich von den Kommunisten niemals zugegeben wird. „Bis jetzt“, heißt es in dem Briefe, „ist die Gefahr in der SPD, um so größer, als alle ihre heutigen Richtungen und Schattierungen ohne jede Ausnahme noch stark der Wirkung sozialdemokratischer westeuropäischer Traditionen unterliegen.“

So steht man, daß auf allen Gebieten der Politik und der Gewerkschaft der Einfluß der kommunistischen Partei abgewirkt hat und daß nur übriggeblieben sind trafeelende Gruppen, die nicht nur sich, sondern auch die Oberpriester in Moskau bekämpfen. Nicht ohne Humor ist, daß die Moskauer Oberpriester den allerersten Gruppen Prinzipienlosigkeit vorwerfen, ein Vorwurf, mit dem diese bekanntlich die deutsche Sozialdemokratie und die Gewerkschaften fortwährend bedenken und sie damit glauben vernichten zu können. Bei der Gruppe Maslow-Ruth Fischer befindet sich nach den Moskauer Diktatoren „die innere Ueberzeugung, die innere Einschätzung der Lage in trafeeltem Konflikt mit der angenommenen Linie. Die tiefste Grundlage dieser Gruppe ist sehr pessimistisch. Keine revolutionären Perspektiven, überhaupt die Auffassung: die Massen sind vollständig passiv, sie flüchten aus dem Alltagsleben, sie spielen Soldaten usw. Sie zu gewinnen, ist eine unerfüllbare Aufgabe.“

Wenn das schon in der radikalsten Gruppe anzutreffen ist, wie mag es da in der mehr rechts gerichteten ausfallen? Was soll nun die „Partei“ tun? Sie soll sich nach der Umwälzung in dem Briefe — den Verhältnissen anpassen. Sie muß alle Vorgänge im Lager der Sozialdemokratie genau kennen, studieren, in den Bezirken, Unterbezirken und Ortsgruppen entsprechend den lokalen Verhältnissen die Agitation danach einrichten. Sie darf nicht mehr wie bisher bloß schimpfen und herunterreißen, sie muß mit einem Wort sachlich arbeiten, womit sie natürlich erledigt ist. Es interessiert hier auch viel weniger, wie die Exekutive glaubt, die einzelnen Gruppen zu vernichten, als vielmehr, welche konkreten Vorschläge sie sonst noch zu machen hat. Diese Vorschläge sind niedergelegt in einer Resolution der Exekutive, die als Vorschritt für die deutschen Kommunisten zu gelten haben. Danach erkennt die deutsche kommunistische Partei an, daß die Exekutive mit ihren Maßnahmen und ihrer Kritik gegen die führende Gruppe Ruth Fischer-Maslow im Rechte ist. Das Zentralkomitee der Partei muß die Beschlüsse sofort durchführen. Es muß die Mitgliedschaft in allen Orten sofort unterrichten und von der Notwendigkeit der gefassten Beschlüsse überzeugen. Das Zentralkomitee muß auch jeden Widerstand gegen die Beschlüsse der Exekutive brechen. Das Komitee selber muß kollektiv arbeiten, mit andern Worten: irgendwelcher Widerspruch wird nicht geduldet. Jeder Angriff gegen die Linie der Komintern im Allgemeinen und gegen die neugefassten Beschlüsse in der deutschen Frage insbesondere muß rücksichtslos bekämpft werden, von welcher Seite er auch kommen mag, sei es von rechts oder ultralinks.

Ob diese Beschlüsse ausgeführt werden oder ausgeführt werden können, ist eine Frage für sich. Wesentlich ist, zu erkennen, daß die deutschen Kommunisten als willenlose Werkzeuge der Moskauer Diktatoren gestempelt werden. Nach der biblischen Sage hat der Herrgott die Juden vierzig Jahre durch die Wüste irren lassen, bis er sie den richtigen Weg finden und das richtige Ziel erkennen ließ. Die deutschen Kommunisten wandern jetzt schon sieben Jahre in der politischen und wirtschaftlichen Wüste umher. Ihr Weg ist ausschließlich mit Niederlagen gepflastert und sie stehen jetzt nach diesen sieben Jahren vollständig bankrott da. Es ist also nicht anzunehmen, daß sie es noch 33 Jahre aushalten, bis sie dann den richtigen Weg finden und das richtige Ziel erkennen. Der größere und aufrichtiger Teil der Anhänger wird aber wieder zur sozialistischen Partei und den Gewerkschaften stoßen, um dort statt Zerföhrungsarbeit Aufbauarbeit zu leisten, was nicht nur der deutschen Arbeiterklasse, sondern der internationalen zum größten Segen gereichen wird.

Gedenkfier der russischen Revolution von 1905.

DE. Die Sowjetregierung hat beschlossen, in diesem Jahre zur Erinnerung an die russische Revolution von 1905 eine Zwanzigjahrfeier zu veranstalten und zum Tage dieser Feier ist der 20. Dezember bestimmt worden, weil an diesem Tage der erste Aufruf der Moskauer Arbeiter stattfand. Obgleich die Revolution von 1905 noch keinen bolschewistischen Charakter hatte, so wird sie doch von den heutigen Moskauer Machthabern als ein Vorpiel zu den großen Umwälzungen von 1917 angesehen und soll dementsprechend gefeiert werden.

Die englischen B6lterbundsdelegierten. Der Staatssekretär des Außerer, Austen Chamberlain, wird, wie bereits gemeldet, England bei der Tagung der B6lterbundsvereinsammlung in Gen6v als Hauptdelegierter vertreten. Als Vize-Delegierter werden ferner anwesend sein Lord Cecil und der englische B6lthafter in Brüssel, Sir George Graham. Als festzusetzende Delegierte werden an der Tagung der Chef des 6berseeischen Handelsdepartements, Samuel, die Parlamentssekretärin des Unterrichtsministeriums, Herzogin von Atholl, sowie der Rechtsberater im Auswärtigen Amt, Sir Cecil Hurst, teilnehmen.

ist. Die heutige Wissenschaft kennt keinen Gott, und wie kann denn ein bisher Begriff gefälscht werden? Der Angeklagte bittet deshalb aus all diesen Gr6nden um Freisprechung.

Das Urteil
wurde nach l6ngerer Beratung gef6llt. Es griff zu der Rechtskonstruktion, daß Keckheit nicht an den Wortlaut des einzelnen Wortes gebunden sei, sondern sich dem Sinne nach aus dem Zusammenhang ergeben k6nne. Deshalb seien zwar die Gedichte „Himmelskunde“ und „Dreifaltigkeit“ nicht zu beanstanden. Eine frivole Neuerung und Verp6tung solle nicht unter dem Begriff der Gottesl6sterung; die Anklage darauf sei in allen vier F6llen zurückzuweisen.

Dagegen sei in zwei F6llen Beschimpfung vorliegend, in dem Kettenbriefartikel durch die Wendung „hoffnungslose Verbl6dung“. Deshalb werde auf je einen Monat Gef6ngnis f6r zwei F6lle 6ffentlicher Beschimpfung der christlichen Kirche, insgesamt auf sechs Wochen Gef6ngnis

erkannt.
Ein bezeichnender Gegenlag: 6 Monate Strafantrag, 6 Wochen Urteil. Aber auch damit d6rfte das letzte Wort noch nicht gesprochen sein. Auf alle F6lle war es ein Pyrrhusvictorie der Kirche, 6ber den wohl kaum ungetrübte Freude herrschen wird. Ob es nicht vielmehr eine L6sterung ist, ein allm6chtiges und allwissendes Wesen durch irdische Rechtsprechung schlihen zu wollen?

Gegen die s6chsischen Koalitionspolitik.

In ihrer Nummer vom 27. August schreibt die M6nchener Post, die unter der Chefredaktion von Erhard Kuer zu den rechtsstehendsten Parteibl6ttern geh6rt, 6ber die s6chsischen Gemeindeordnung das folgende:

„Nach kaum einj6hrigem Bestehen der fortschrittlichen Gemeindeordnung in Sachsen brachte die Koalitionsregierung Hebt am 17. M6rz 1925 eine Novelle zur Gemeindeordnung ein. Hinter dem Ganzen stand die Deutsche Volkspartei. In ungl6ublichem Tempo wurde die Vorlage beraten und am 26. Mai unter Beugung des Gesch6ftsordnung nach 28t6ndiger Verhandlung im Landtage angenommen. Die Antr6ge der Minderheitspartei fanden durchweg Ablehnung. Das demokratische Recht erf6hr starke Schw6cherung, eine wesentliche Ausdehnung dagegen die Bureaucratie in der Gemeinde. Das Eink6rpersystem, das sich sehr gut eingelebt hatte, ist durchbrochen, das Zweik6rpersystem wieder eingef6hrt. Die Vormacht des ersten B6rgermeisters wurde auherordentlich gef6hrt. Die Staatsaufsicht bedeutend erweitert. Die W6hlbarkeit, die fr6her frei war, ist an ein halbes Jahr Wohndauer gekn6pft. Die Strafmittel gegen obstruierende Vertreter sind verst6rkt, der Bruch der Amtswahrscheinlichkeit ist unter Strafe gestellt worden.“

So steht — nur s6chsig betrauert — die neue Gemeindeordnung in Sachsen auf. Die Reaktion in Bayern arbeitet auf eine noch schlimmere „Reform“ der Gemeindeordnung hin. Das Ministerium St6hler leistet dabei willig Handlangerdienste.“

Die Regierung Heide auf eine Linie gebracht mit der internationalen sozialistischen bayrischen Regierung Feldt-Silber — von einem rechtsstehenden Parteig6nger! Man sollte meinen, das gen6gt zur Beurteilung, ob die Koalitionspolitik samt ihren Tr6gern f6r die Partei noch tragbar ist.

Deutsch-englisches Kohlenkartell.

Der Krieg und die Nachkriegszeit haben ein gewaltiges Anwachsen des kapitalistischen Produktionsapparates mit sich gebracht, begleitet von einem Sinken der allgemeinen Konsumkraft. Die Folge ist eine Krise, die sich besonders in den Grundindustrien der Hochkapitalistischen Länder Europas auswirkt. Die Unternehmerrchaft macht den Versuch, die Folgen der Krise durch Errichtung neuer Zollmauern und den Abschluß internationaler Vereinbarungen von sich abzuwälzen. An Stelle des gegenseitigen Konkurrenzkampfes sollen Vereinbarungen treten, die eine planmäßige Einschränkung der Produktion und eine Hochhaltung der Preise ermöglichen.

Derartige internationale Vereinbarungen gibt es bereits eine ganze Reihe. Zu dem französisch-amerikanisch-deutschen Kalkium- und dem noch in der Schwere befindlichen deutsch-französischen Eisenerzvertrag scheint sich jetzt als neues wichtiges Kartell zu gestalten ein Abkommen zwischen deutscher und englischer Kohlenindustrie. Die Verständigung zwischen englischer und deutschem Jechenkapital wird in einem Artikel der Deutschen Bergwerkszeitung angeknüpft, in dem es wörtlich heißt:

Die Umstellung der Kohlenbewirtschaftung erfordert neue Maßnahmen. Sie sind zu erörtern in einer Verständigung zwischen den beiden hauptsächlich in Betracht kommenden Kohlenländern England und Deutschland, die das Ziel einer Beschränkung der Kohlenförderung auf den normalen Verbrauch haben müssen, um auf diese Weise zur Einschränkung der Ueberschneidung zu kommen.

Der englische Bergbau wird von der Kohlenkrise weit schwerer betroffen als der deutsche. Schon deshalb, weil er in weit stärkerer Maße auf den Weltmarkt abhän angewiesen ist und weil die Versorgung der vor dem Kriege von ihm belieferten Länder nunmehr zum Teil aus anderen näher gelegenen Gebieten erfolgt.

Die ohnehin schwieriger Lage des englischen Kohlenbergbaues wird aber noch erschwert durch die Preisunterbietung, die vom deutschen Jechenkapital ausgeht und mit Hilfe der niedrigeren Löhne des deutschen Bergarbeiters ausgenutzt wird. Daß ein deutsches Dumping besteht, beweisen die Ziffern der deutschen Kohlenaußenhandelsstatistik. Es ergibt sich nämlich, daß in letzter Zeit an Stelle des bisherigen Einfuhrüberschusses ein Ausfuhrüberschuß getreten ist. Im ersten Halbjahre 1925 betrug der Wert der Kohleneinfuhr 99,1 Millionen Mark, der Wert der Ausfuhr 184,2 Millionen Mark. Es ergibt sich also ein Ausfuhrüberschuß von 85,1 Millionen Mark. Im Jahre 1913 betrug der Ausfuhrüberschuß im Jahresdurchschnitt 216,4 Millionen Mark. Er beläuft sich also jetzt auf mehr als ein Drittel des Ausfuhrüberschusses der Vorkriegszeit. Die Aktivität der Kohlenausdehlungsversuche ist auf einem Rückgang der Einfuhr, sondern fast ausschließlich auf der Steigerung der Ausfuhr. Der deutschen Kohlenindustrie ist es ihm gelungen, ihrem Hauptkonkurrenten England einen Teil seines Absatzes abzulagen.

Die englischen Kohlenindustriellen haben das deutsche Dumping damit beantwortet, daß sie den Versuch machten, die Löhne der englischen Bergarbeiter herabzusetzen. Der als Abwehr geplante Abkündigung der englischen Bergarbeiter ist dadurch verhindert worden, daß die englische Regierung dem Jechenkapital eine Unterstützung zusicherte, die seine Produktionskosten herabsetzt und es ihm ermöglicht, dem deutschen Dumping mit einem Gegendumping zu begegnen. Die Deutsche Bergwerkszeitung schildert die Lage wie folgt:

Der Wettlauf zwischen zuviel geförderter deutscher und englischer Kohle einerseits und der geringen Kaufkraftfähigkeit des Marktes andererseits führt notwendigerweise zu verlustbringenden Dumpingpreisen, die ihrerseits wieder Verschleuderung einer schon sehr zusammengeschrumpften Wirtschaftssubstanz und Stärkung der Wirtschaft von Konkurrenzländern auslösen müssen; der Zustand ist unhaltbar, daß in den kohlenexportierenden Ländern die Kohlenpreise höher stehen als in den kohlenverbrauchenden.

Die Furcht vor dem englischen, durch die Kohlensubvention ermöglichten Dumping ist es aber wahrscheinlich nicht allein, die das deutsche Jechenkapital veranlaßt hat, die Initiative zum Eintritt in die Verhandlungen mit der englischen Konkurrenz zu ergreifen. Denn die deutsche Kohlenindustrie befindet sich trotz englischer Regierungssubvention immer noch in einer begünstigten Stellung. Sie kann sich niedrigerer Löhne erfreuen und ist außerdem freilich auf dem europäischen Markt, der als Aufstellungsgebiet allein in Frage kommt, gegenüber England in vorzüglicher Lage. Wiewohl die deutsche Kohlenindustrie nicht ganz leer ausgeht. Welchen Zweck sollten aus Steuerüberwälzungen haben, wenn nicht den, zur Unterstützung „nolleidender“ Industrien zu dienen? Die Kreuzzeitung vom 29. August weist in einem Börsen-Wochenbericht zu melden, daß Bergwerkskreise von neuen Unterredungen der Kohlenindustriellen mit der Reichsregierung über die Finanzierung der Ruhrkohlenhalden wissen wollten; es hieß auch, rheinische Industriekreise wären der Meinung, daß der Höhepunkt der Kohlen- und Elektrizität überschritten wäre. Wenn also trotz ihrer begünstigten Lage der Anstoß zu den Verhandlungen über das beabsichtigte Kohlenabkommen von der deutschen und nicht von der englischen Kohlenindustrie ausgegangen ist, so dürfte der Grund sein, daß in diesen Tagen die rheinisch-westfälischen Bergarbeiter einen Schiedspruch abgelehnt haben, nach dem die bisherigen Löhne weiter Geltung haben sollen. Es steht also ein Lohnkampf im Ruhrbergbau bevor. Daß es sich tatsächlich um eine Verabredung handelt mit dem Zweck, bei künftigen Lohnforderungen der Bergarbeiter gemeinsam vorzugehen, zeigt folgende Mitteilung der Rheinischen Wirtschafts- und Exportzeitung vom 1. September:

Auf dem Wege zum deutsch-englischen Kohlenkartell.

London, 30. August. Die Londoner Sonntagspresse besaßt sich eingehend mit dem Besuch rheinischer Kohlenindustrieller in London. Danach ist von deutscher Seite das Angebot gemacht worden einer weitgehenden Kartellierung zunächst für den europäischen Markt. Es scheint, daß die Meinung der englischen Jechenkapital darüber geteilt ist. Es wird ausgesprochen, daß zunächst eine gemeinsame Verständigung über die Behandlung der Reparationsleistungen erzielt werden müsse und daß einem internationalen Kartell gegenseitige Schutzbestimmungen bei den kommenden Lohnkonflikten vorausgehen müßten.

Die Neigung, zu internationalen Vereinbarungen zu kommen, mag gefördert worden sein durch die Tatsache, daß anlässlich des letzten Arbeitskonfliktes im englischen Bergbau die Mitgliedsverbände der Bergarbeiter-Internationale einander materielle und moralische Unterstützung bei kommenden Kämpfen zugesichert haben. Eine aktiv auftretende Bergarbeiter-Internationale wird angesichts des bevorstehenden internationalen Zusammenstoßes der Unternehmer erst recht zur unbedingten Notwendigkeit.

England und Deutschland sind die beiden wichtigsten kohlenproduzierenden Länder Europas. Kommt es zu einem deutsch-englischen Kohlenkartell, so wäre ein gut Teil Beherrschung nicht nur des Waren-, sondern auch des Arbeitsmarktes in seiner Hand. Die ganze Bedeutung des Kohlenabkommens kann erst bemessen werden, wenn Einzelheiten über den Inhalt des Abkommens vorliegen.

Die Halbenbestände der rheinisch-westfälischen Jechen sind bereits so stark vermindert, daß man den Höhepunkt der Kohlenkrise für überschritten ansieht. Die Betriebsstilllegungen hatten also den gleichen Zweck wie die durch die Rohstoffgemeinschaft vorgenommenen Einschränkungen in der Schwerindustrie: Einschränkung der Produktion zum Zwecke der Aufrechterhaltung der Preise. Diese Politik würde durch das Zustandekommen der internationalen Vereinbarung eine weitere Stärkung erfahren. Der Reichskohlenrat hat übrigens die Fortsetzung der Politik der planmäßigen Produktionsbeschränkung empfohlen. Eigentlich wäre er doch berufen, für die Durchführung der jetzt aufgegebenen „Preisabbauaktion“ zu sorgen.

Peter Spahn gestorben.

In Bad Wildungen, wo er sich zur Kur aufhielt, starb am gestrigen Tage der Führer des Zentrums, Peter Spahn, im 78. Jahre gestorben. Mit Spahn verliert nicht nur das Zentrum, sondern der deutsche Reichstag einen seiner bedeutendsten Vertreter. Er gehörte noch in die bedeutende Führerkategorie des Zentrums, die unter dem Namen Windthorst, Hertling, Gebharder Reichensberger, Gröber usw. bekannt ist. Bis zu seinem Tode übte Spahn im Zentrum einen außerordentlich großen Einfluß aus, obwohl seine Gesundheit seit längerer Zeit stark geschwächt war. Es gab eine Zeit, in der Spahn als der bedeutendste politische Mann galt. Wenn er mit dem Inländerhut in der Hand in den Ministerien erschien, so bedeutete dies sehr oft das Ende der Laufbahn irgendeines Ministers; woraus schon hervorgeht, daß Spahns Tätigkeit sich nicht etwa auf das Parlament beschränkte, sondern daß er die Machtposition für seine Partei auch außerhalb des Hauses ausübte. Ins politische Leben trat der im Jahre 1848 in dem Rheingaukräylichen Winkel geborene Spahn freiwillig ein. Die Kulturkämpfe, die Anfang der siebziger Jahre zwischen dem Zentrum und Bismarck ausgefochten wurden, waren im Abflauen, als sich Spahn dem politischen Leben anschloß. Sehr bald wurde er von seiner Partei als Reichstagsabgeordneter aufgestellt, nachdem er zuvor schon im Jahre 1882 ins preußische Abgeordnetenhaus gewählt worden war. In den Reichstag entsandte ihn zunächst der Kreis Braunsberg-Heilsberg und von 1890 an der Wahlkreis Bonn. In diesem Wahlkreis war er lange Jahre unbestrittener Sieger. Im Parlament selbst wurde er schon 1895 zweiter Präsident, von 1911 an erster Vizepräsident. Für seine Partei trat er besonders in großen innen- und außenpolitischen Fragen auf. Als sein eigentlicher Gegner stand erst zu Kriegsbeginn der junge Stürmer Erzberger, und in den Fraktionskämpfen des Zentrums ging es dann oft nicht gerade gemächlich zu, denn der alte Führer Peter Spahn war gegen Erzberger und dessen Drousgangertum stark abgeneigt.

In die Zentrumsfraktion reiht der Tod Spahns eine empfindliche Lücke, denn wenn er sprach, so scharten sich nicht nur seine eigenen Anhänger um ihn, sondern auch Abgeordnete anderer Fraktionen.

Von Haus aus war Spahn Jurist und hatte es in dieser Laufbahn bis zu der höchsten Ehrenstelle, des Justizministers in Preußen, gebracht. Von 1898 bis 1905 war er Reichsgerichtsrat in Leipzig. Das Zentrum hat alle Ursache, seinem Toten ehrende Nachrufe zu widmen; anders die Arbeiterschaft, die ihn, wenn auch nicht als gefälligen, aber doch zähen Gegner gehabt hat.

Die soziale Bedeutung des russischen Terrors.

RSD. Die Denkschrift der Moskauer illegalen Zentrale der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands enthält u. a. eine beachtenswerte Charakteristik des in Russland herrschenden Systems des politischen Terrors. „Man wird Euch sagen“, schreibt die sozialdemokratische Zentrale, „daß der Terror eine Waffe zur Verteidigung der Revolution, daß er gegen die sozialen Kräfte des alten Regimes gerichtet ist und mit der wirtschaftlichen und politischen Erstärkung der Republik nachgelassen habe. Kein Wort davon ist wahr. Wahr ist vielmehr, daß nach der Liquidation der militärischen Abenteuer der Konter-Revolution der Terror sich in sozialer Hinsicht in erster Linie gegen die Arbeiterschaft, in politischer — gegen die sozialistischen Parteien richtet. Monarchisten und bürgerliche Elemente haben sich mit dem Sowjetregime als mit einem unvermeidlichen Übel abgefunden, die Sowjetmacht ihrerseits hat sich mit ihnen als mit einem ungefährlichen Element, zum Teil mit guten und erfahrenen Fachleuten in verschiedenen Teilen ausgeglichen. Und nur in der Arbeiterschaft, die durch das Bewußtsein ihrer Mission stark ist, und in den sozialistischen Parteien, die in den Sympathien der Arbeiterschaft ihre Kraft finden, sieht die entartete Diktatur eine Drohung für ihre Existenz, und nur gegen sie richtet sie die Schläge ihres Polizeihandbuchs.“

Wir bringen einige Zahlen, die das Gesagte bestätigen. Nach offiziellen (Anordnungs nicht veröffentlichten) Angaben betrug die

Zollfrühlingsanfang



Meine Herren, es beginnt mit dieser Woche eine streng nationale Wirtschaftsepoche. — Gegen die destruktiven Gewalten haben wir uns bewundernswürdig gehalten. Damit sich der Preisabbau nicht verkehrt, haben wir den Lohnabbau in der Reserve. — Gefallen die Herren einen stammenden Toast auf den Wiederaufbaugedanken! Prost!

3. hl der politischen Verbannten in den nördlichen Gouvernements des europäischen Russlands und Sibiriens zum 1. Januar 1925 80 000, darunter waren Arbeiter 40 v. H., Bauern 10 v. H., Angehörige freier Berufe 23 v. H., Studierende 12 v. H. (in allen diesen Gruppen gehört die Mehrheit den sozialistischen Parteien an), alte Konterrevolutionäre 10 v. H. und sonstige 5 v. H. Diese Angaben genügen, um ein Urteil über die soziale Bedeutung des kommunistischen Terrors zu ermöglichen. Nach Charakteristischer für die Sowjetjustiz und die Verwaltungspraxis ist der Umstand, daß von der großen Masse der Verbannten nur 1450 durch Beschluß der Gerichte, alle übrigen auf Anordnung der Verwaltungsorgane verbannt wurden. In dem Gouvernment Archangelsk allein erreicht die Zahl der Verbannten 11 500. Dasselbe kann man über die Zuchthäuser der Sowjetregierung feststellen. Man wird Euch sagen, daß diese überhaupt nicht existieren, daß es nur Konzentrationslager seien, wo „sozial gefährliche Elemente“ nicht einmal eingesperrt, sondern lediglich von der Gesellschaft isoliert seien. Man wird Euch aber wohl kaum mitteilen, daß diese Lager nichts anderes sind, als alte Zuchthäuser (Katorga-Gefängnisse), daß hier ein strenges Gefängnis-Regime herrscht, daß die Eingesperrten voneinander und von der Außenwelt völlig isoliert, in ihrer Korrespondenz, in der Möglichkeit, ihre Angehörigen zu sehen und von ihnen Liebesgaben zu empfangen, beschränkt sind. Es gibt viele solche Zuchthäuser in Sowjetrußland — in Jaroslaw und Susdal, in Tscheljabinsk und Nowo-Nikolajewsk, ganz abgesehen von den zentralen und Gaspengefängnissen; in jeder Großstadt finden sich diese Denkmäler der kommunistischen Diktatur. Fasset den Mut, diese Gefängnisse zu besuchen, mit den Eingesperrten zu sprechen, die Angaben über die soziale und politische Zusammenfassung der Inassen dieser Gefängnisse zu sammeln. Ueberall werdet Ihr Hunderte von Arbeitern und Sozialisten neben vereinzelten Konterrevolutionären finden. Ueberall werdet Ihr erfahren, daß diese Hunderte alter und erprobter Kämpfer für die Sache des Sozialismus ohne jegliche gerichtliche Verhandlung, lediglich für ihren Mut, eine eigene Meinung über die Aufgaben der Arbeiterschaft in Rußland zu haben, in die Gefängnisse geworfen wurden, um später in die kristalle Verbannung geschickt zu werden.“

Amnestie in Sowjetrußland?

SWD. Berlin, 31. August. (Radio.) Wie der Montag Morgen aus Moskau zu berichten weiß, soll sich die Sowjetregierung mit der Absicht tragen am 17. Oktober, zur achten Wiederkehr des Tages der Oktoberrevolution, in Rußland eine allgemeine Amnestie für lärmliche russische Emigranten, die in einer Zahl von etwa 2 Millionen in allen Ländern außerhalb Rußlands leben, durchzuführen. Die Sowjetregierung sei der Ansicht, daß mehr als die Hälfte dieser Russen von dieser Möglichkeit, in die Heimat zurückzukehren, Gebrauch machen werden.

Die Marokko-Offensive.

Noch keinerlei nennenswerte Erfolge. Die Offensive in Marokko hat bisher noch keinerlei nennenswerte Erfolge der Franzosen und Spanier gezeigt. Der Marshall Anathen ist endgültig festgesetzt. Primo de Rivera ist in Marokko eingetroffen. Man hat sich wieder einmal „auf einen endgültigen Offensivplan geeinigt“.

Paris, 1. September. Spanas meldet aus Fez über die Lage in Marokko: An der ganzen Front herrscht zur Zeit Ruhe. Es wird aber eine lebhafteste Tätigkeit des Feindes hinter der Front beobachtet. Flieger haben festgestellt, daß große Munitionstransporte auf dem Wege zur Front sind. Aus der Gegend von Tetuan worden Truppenzusammenschließungen gemeldet. Feindliche Vorstöße gestern Abend und in der vergangenen Nacht bei Kasseine und Retaa des Sess wurden erfolgreich zurückgewiesen.

Von der spanischen Front wird gemeldet, daß das energische Vorgehen der Spanier den Feind veranlaßt hat, die bedrohten Teile der Front durch neu zusammengezogene Truppen zu verstärken. Wie dem Journal aus Madrid gemeldet wird, soll entgegen anderslautenden Meldungen die Vorbereitung der Landungsoperationen in der Alhucemas-Bai bereits gestern Abend durch eine Beschießung der Rifküste durch spanische und französische Flugzeuge begonnen haben.

Paris, 2. September. Wie aus Fez gemeldet wird, hat das 10. Armeekorps einige Höhenzüge bei Tahar ohne Kampf genommen. Abd el Krim hat jetzt selbst den Befehl über die regulären Truppen im Spanes-Gebiet übernommen, um das verlorenes Gelände wieder zu gewinnen.

Die Vossische Zeitung meldet aus Paris: Halbamtlich wird mitgeteilt, daß Marshall Anathen nicht nach Marokko zurückkehren wird. Marshall Petain wird Frankreich in Marokko vertreten, solange die militärischen Operationen andauern. Sobald der Frieden wieder hergestellt ist, wird ein Zivilpräsident eingesetzt werden. (Und wann wird das sein? D. Red.)

Untergang eines spanischen Dampfers.

Nach Meldungen aus Madrid soll der spanische Dampfer Espana Quinto, der Truppen nach Marokko transportierte, in der Nähe der afrikanischen Küste untergegangen sein. Ueber das Schicksal der Truppen und der Besatzung liegen noch keine Nachrichten vor.

Die Regelung der Kriegsschulden

Amstich wird bekanntgegeben, daß die italienische Kommission zu den Verhandlungen über die Regelung der Kriegsschulden Italiens an Amerika am 15. Oktober eintrifft wird.

Die rumänische Kommission zur Regelung der Schulden Rumäniens an Amerika wird Anfang Oktober nach Washington abreisen.

Ueber Washington wird gemeldet, daß man dort die Ankunft der französischen Kommission zur Regelung der Schuldenfrage für den 28. September erwartet.

Von Nah und Fern.

Die Typhusepidemie in Hanau. II. Frankfurt am Main, 2. September. Die Frankfurter Zeitung meldet aus Hanau: Die Typhusepidemie hat jetzt vierzehn Todesopfer gefordert, unter denen sich zwei Personen aus dem Kreile Gelnhausen befinden, die nach Erkrankung an Typhus nach Hanau gebracht worden waren. In Hanau werden noch achtzig Unterleibs-typhuskrante ärztlich behandelt.

Zugunglück in Berlin. Berlin. Heute früh, gegen 4 1/2 Uhr, entgleiste aus bisher un- aufklärter Ursache vor der Einfahrt des Betriebsbahnhofs Berlin-Schöneberg ein Güterzug. Der Waggon und vier letzte Waggons stürzten um. Der Zugführer Rudolf Martin wurde überfahren und so schwer verletzt, daß er nach kurzer Zeit starb.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hermann Liebmann in Leipzig. Verantwortlich für den Inseratenteil: Hugo Seybold in Leipzig.

Drud u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei, Aktiengesellschaft, Leipzig. Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Der Gewerkschaftskongress zur Lohn- und Arbeitszeitfrage.

Die Gewerkschaften und die Wirtschaft.

S. D. Breslau, 1. September.

In der Dienstagvormittags-Sitzung des Gewerkschaftskongresses wurde die Aussprache über Leipzigs Vorstandsbericht fortgesetzt. Gertrud Hanna bedauerte, daß die Zahl der weiblichen Delegierten, die nur zu vier vertreten sind, nicht entfernt der Beteiligung der Frauen an den freien Gewerkschaften, die 20 Prozent ausmache, entspreche. Die Frauen hätten in schwerer wirtschaftlicher Lage ihren Gewerkschaften die Treue gehalten. Es läge darauf an, den Zusammenhang durch Veranstaltung weiterer berufstätiger Frauen zu gewerkschaftlicher Erziehung zu stärken. Die Rednerin empfahl warm eine Entschließung über Heimarbeiten, in der die restlose Erfassung der in der Heimarbeit tätigen Frauen durch die Gewerkschaften empfohlen wird. — Simon-Mittrich (Schuhmacherverband) wandte sich gegen die beiden kommunistischen Redner des Montags. Diese hätten kein Recht, dem Bundesvorstand Vorwürfe wegen unterlassener Massenaktionen zu machen, da gerade die Kommunisten solche Massenaktionen, z. B. gegen den Zollwucher, ständig gefördert hätten. Der kommunistische Redner Galm sei bezweifelndemweise erst vor wenigen Wochen wieder in die freie Gewerkschaftsbewegung eingetreten, offenbar, um auf diesem Kongress reden zu können. — Husemann vom Bergarbeiterverband wandte sich gleichfalls gegen die Kritiker des Bundesvorstandes und gab den Kommunisten ihre Vorwürfe wegen der Haltung im Ruhrkampf zurück. Die Kommunisten hätten zunächst den Generalstreik gegen die einmarschierenden Franzosen proklamiert, und wenige Tage später hätte man sie im Hauptquartier der französischen Truppen gefunden. Die gewerkschaftliche Unfähigkeit der kommunistischen Führer zeige sich deutlich am Niedergang der von den Kommunisten begründeten Union der Bergarbeiter, die von 140 000 Mitgliedern auf 3000 heruntergekommen sei. Jeder ehrliche Arbeiter sei in den freien Gewerkschaften willkommen, aber Gruppen, die nur Sonderaktionen und Zersplitterung treiben wollten, hätten in ihnen keinen Platz.

Masche-Berlin sprach über das Berufsausbildungsgezet und die Berufsausbildung des Nachwuchses. Er verlangte von den gewerkschaftlichen Ortsauschüssen, daß sie sich der Bildungs- und Jugendarbeit weit mehr als bisher annehmen. — Brey-Hannover (Fabrikarbeiterverband) wandte sich gegen den Antrag des Berliner Metallarbeiterverbandes zur Steuerfrage, der die Frage verneinlich, wie der Staatshaushalt auszugleichen und eine Inflation zu vermeiden sei. Er beantragte, dem Bundesvorstand und Bundesauschuss Entlastung zu erteilen. — Uhrig-Berlin (Metallarbeiterverband) wandte sich gegen die Entschließung des Bundesvorstandes zur Arbeitszeit und trat für den Antrag der Metallarbeiter auf Volksschule ein. — Kwasnik-Berlin (Landarbeiterverband) sprach über die Abwanderung vom Lande in die Städte, die in letzter Zeit besonders zunahme und ein Hindernis für die Intensivierung der Landwirtschaft bilde. Die landwirtschaftlichen Unternehmer schreien nach Zwangsmassnahmen gegen diese Landflucht, während tatsächlich eine Abhilfe nur darin zu finden sei, daß die Landarbeiter nicht mehr als Arbeiter zweiten Grades behandelt werden. — Schleicher-Berlin (Lehrer) sprach über das Prinzip des Tarifvertrages in der Praxis oft dessen Inhalt geopfert werde. Es gäbe Grenzen, an denen man Tarifverträge nicht mehr abschließen dürfe, da sie organisatorisch wirkten, wenn sie zu unpraktisch sind. Den Achtstundentag hätten die Holzarbeiter durch energische Kämpfe wiedererobert. Solche Kämpfe seien wirksamer als die Drohung mit dem Volksschulstreik, dessen Ausgang nicht ganz sicher sei. (Lebhafte Zustimmung.) — Döhning-Berlin (Verkehrsbund) sprach gegen den Metallarbeiterantrag zur Arbeitszeit und für den Antrag des Bundesvorstandes. — Galm-Offenbach gab eine längere Erklärung der wenigen anwesenden Kommunisten ab, die nochmals die bekannte unwahrscheinliche Einheitsfrontparole, die Abschaffung des Dawes-Guthachtens, die Verurteilung des Bundesvorstandes usw. enthält. — Scheffel-Berlin (Eisenbahnerverband) wies auf das wachsende Mißtrauen der Arbeiterklasse gegenüber den staatlichen Stellen hin. Die Technische Rothlie werde bei Fortfall der staatlichen Unterstützung eine Streikbrechergarde der Unternehmer allein werden. Die Reichsbahn habe eine entsprechende Organisation bereits aufgestellt. — Schrader-Berlin (Textilarbeiter) empfahl den Volksschulstreik über den Achtstundentag, hält aber die Begründung des Metallarbeiterantrages für nichtig und fordert daher die Metallarbeiter auf, ihren Antrag zugunsten der Entschließung des Bundesvorstandes zurückzuziehen. Die kommunistische Einheitsfrontparole befehlerte er durch die gleichzeitige erfolgreiche Aufforderung des Chemnitzer Kommunistenklubs zur Sprengung der Verammlungen des Textilarbeiterverbandes. — Siegmund-Chemnitz (Fabrikarbeiterverband) erklärte, daß er als Kommunist sich voll in den Dienst der Gewerkschaftsbewegung stelle und durchaus die Leistungen der freien Gewerkschaften anerkenne. Fehler würden doch auch von einzelnen Mehrheitssozialisten, wie z. B. Max Cohen und Kallist gemacht.

Hiermit war die Diskussion über den Vorstandsbericht beendet und Leipzig erhielt das Schlusswort. Er dankte für die große Zurückhaltung in der Kritik des Vorstandsberichts und meinte, den Kommunisten hätte er keine Antwort schon im voraus im Bericht gegeben. Sie dürften sich allerdings nicht überzeugen lassen, da sie in höherem Auftrag handelten. Der Wortlaut der Arbeitszeitverordnung sei besser als ihre Durchführung, die kein objektiver Richter billigen könne. Die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens — das müßte besonders die Metallarbeiter zur Kenntnis nehmen — würde auch noch nicht den Rechtszustand bringen, den wir in Deutschland in der Arbeitszeit bereits erreicht hätten. Trotzdem müßte natürlich die Ratifikation angestrebt werden. Die Taktik der Metallarbeiter, den Bundesvorstand auf einen bestimmten Zeitpunkt für die Volksbestimmung in einem öffentlichen Kongress festzusetzen, sei für alle Gewerkschaften unverhältnißvoll. (Lebhafte Zustimmung.) Der feste Wille, den Achtstundentag wiederzuerobern, sei bei allen Vertretern der freien Gewerkschaften gemeinsam. Die Regierungsvorsetzer sollten die ersten Klagen, die in der Aussprache über die Regierungsvorstellungen vorgebracht wurden, nicht zu leicht nehmen. Mit größter Schärfe wandte sich Leipzig dann gegen eine Entschließung des Reichsbundes der deutschen Metallwarendeckelung, der einen Lohnabbau als Voraussetzung eines Preisabbaues erklärt. Die Verlesung dieser Entschließung erregte die heftigste Entrüstung des gesamten Kongresses.

Der Antrag Brey, dem Bundesvorstand und Bundesauschuss Entlastung zu erteilen, wurde unter lebhaftem Beifall gegen eine einzige Stimme angenommen. Annahme fand ferner die

Entschließung des Bundesvorstandes zur Lohnfrage.
Sie lautet:
Die von den deutschen Unternehmerverbänden verfolgte Lohnpolitik führt anbauend zu umfangreichen Lohnkämpfen, die die deutsche Wirtschaft unheilvoll erschüttern. Die Löhne des weitestgehenden Teils der deutschen Arbeitnehmer erreichen bei weitem nicht den Realwert der Vorkriegslöhne. Ihre Kaufkraft sinkt immer tiefer mit dem Steigen der Lebenshaltungskosten. Durch die von der Reichsregierung beschlossene Lohn- und Steuergeetze tritt eine weitere allgemeine Preiserhöhung

ein, die durch die Erhöhung der Wohnungsmieten noch verschärft wird. Die hierdurch bedingten Lohnkämpfe müssen in naher Zukunft noch sehr viel umfangreicher und erbitterter werden. Die Unternehmer versuchen, den von ihnen systematisch geführten Lohndruck als eine sich zwangsläufig aus der deutschen Wirtschaftslage ergebende und für die Arbeitnehmer unausweichliche Konsequenz zu rechtfertigen. Unter dem Vorwand, dem Interesse der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes zu dienen, provozieren die Unternehmer Lohnkämpfe, deren Ziel ist, durch niedrige Löhne die Konkurrenzfähigkeit deutscher Waren auf dem Auslandsmarkt zurückzugewinnen. In Verteidigung ihrer verhängnisvollen Lohnpolitik klagen sie unter strapuzierter Veranschönerung der Regierung und der Öffentlichkeit die Gewerkschaften an, in einseitiger Interessendirection durch unerfüllbare Lohnforderungen den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft zu verhindern und das Land einer neuen Inflation entgegenzusetzen.

Der 12. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands erblickt in den Einwürfen der Unternehmer das rücksichtslose Streben, völlig einseitig nur die eigenen Interessen zu vertreten. Er erklärt, daß die Fehler und Veräumnisse, die das Unternehmertum während der Inflationszeit begangen hat, nicht ausgeglichen werden können durch einen weiteren Druck auf die lebendige und arbeitsbereite Volkskraft, die in der Arbeiterschaft zur Entfaltung drängt. Unter voller Würdigung aller auf der deutschen Wirtschaft ruhenden Lasten gibt der Kongress dem festen Willen der Gewerkschaften Ausdruck, der Arbeiterschaft, die in den vergangenen Jahren ungehörige Opfer auf sich genommen hat, eine angemessene Lebenshaltung zu ermöglichen. Denn die Hebung der Kaufkraft und der Lebenshaltung der breiten Massen ist notwendig und nützlich für die deutsche Wirtschaft und für das gesamte deutsche Volk.

Der Kongress ermahnt die Arbeiterschaft, den Kampf um einen gerechten Lohn mit Energie und Ausdauer zu führen. Denn dieser Lohnkampf ist zugleich ein Kampf um den Anteil der Arbeiterschaft an allen Kulturwerten des Volkes. Alle Kräfte müssen daher in ihm vereint werden.
Die Entschließung zur Arbeitszeitfrage wurde im Wortlaut des Bundesvorstandes angenommen, wobei ein Zusatzantrag mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Gruppe Dörmann Annahme fand, der den Bundesvorstand beauftragte, seine Anstrengungen zur Herbeiführung des gesetzlichen Achtstundentages zu verstärken, gegebenenfalls unter Anwendung des Volksschulstreiks. Der Antrag des Metallarbeiterverbandes zur Arbeitszeitfrage war dadurch erledigt. Dörmann gab nun eine längere Erklärung ab, daß jetzt auch die Metallarbeiterdelegation für den

Gesamtantrag des Bundesvorstandes zur Arbeitszeitfrage stimmt. Dieser wurde daraufhin einstimmig unter lebhaftem Beifall angenommen. Er hat folgenden Wortlaut:

„Seit dem im November 1918 mit Zustimmung der Arbeitgeber durchgeführten Achtstundentag durch die Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 der gesetzliche Boden entzogen wurde, tobt ununterbrochen in der deutschen Wirtschaft der Kampf um die Arbeitszeit. Unter Bruch des von ihnen unterschriebenen Volksschulstreiks vom 15. November 1918 haben nach Aufhebung der Desmobilmachungsverordnung die Arbeitgeberverbände, fast überall eine rein mechanische Verlängerung der Arbeitszeit betrieben mit dem Vorwand, daß die Mehrarbeit Voraussetzung zur Gewinnung der deutschen Wirtschaft sei.“

Die Erfahrung hat seitdem gezeigt, daß durch die erzwungene Mehrarbeit die Produktivität nicht gesteigert worden ist, weil die Arbeitsintensität nicht steigt mit der verlängerten Arbeitszeit. Das ist durch wissenschaftliche Feststellungen erhärtet, die im Gegenteil nachweisen, daß der günstigste Leistungseffekt bei verkürzter Arbeitszeit, insbesondere auch in kontinuierlichen Betrieben durch Einführung des Dreihälften Systems, zu erzielen war.

Der 12. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands steht nach wie vor fest zu dem alten sozialpolitischen Forderung der Arbeiterschaft nach dem Achtstundentag. Die Beschränkung der Arbeitszeit auf acht Stunden ist die erste Voraussetzung für die Hebung der kulturellen und gesundheitlichen Lage der Arbeiter.

Der Kongress stellt daher mit Befriedigung fest, daß es den Gewerkschaften gelungen ist, für mindestens die Hälfte der deutschen Arbeiterschaft den Achtstundentag zu erhalten oder zurückzugewinnen. Er bekräftigt den entschlossenen Willen der Gewerkschaften, ihn auch in den Betrieben wieder zu erobern, in denen er zurzeit noch überschritten wird. Da auf die Einseitigkeit der Arbeitgeber, deren Forderung nach verlängerter Arbeitszeit nur ihren machtpolitischen Bestrebungen und ihrer Gognerschaft gegen eine freie Entwicklung der Arbeiterklasse entspringt, nicht zu rechnen ist, fordert der Kongress von der Reichsregierung und dem Reichstag ein beschleunigtes Arbeitszeitgesetz, das die Sicherung des Achtstundentages für die Arbeitnehmer wiederherstellt.

Der Kongress kann leider auf Grund des bisherigen Verhaltens der Regierung von diesem Appell keinen entscheidenden Erfolg erhoffen. Er fordert daher zugleich die Gewerkschaften und die gesamte Arbeiterschaft auf, in ihrem Kampf um die tarifvertragliche Festlegung des Achtstundentages nicht nachzulassen, sondern ihn ungeschwächt mit allen gewerkschaftlichen Nachmitteln bis zum endgültigen Siege fortzuführen. Nur eine geschlossene Front der Arbeiterschaft kann den endlichen und beständigen Sieg des Achtstundentages verbürgen.“

Einstimmig angenommen wurde eine Reihe weiterer Entschließungen des Bundesvorstandes. Zur Betriebsratsfrage werden die Beschlüsse des Leipziger Gewerkschaftskongresses von 1922 aufs neue bekräftigt. Es wird nochmals als Pflicht der Gewerkschaften und ihrer Mitglieder festgesetzt, die Betriebsräte bei Erfüllung ihrer Aufgaben nach Kräften zu unterstützen; andererseits wird an dem Grundgesetz festgehalten, daß als Träger des kollektiven Arbeitsrechtes auf Arbeitnehmerseite allein die Gewerkschaften in Frage kommen. Jeder Versuch, im zukünftigen Tarifvertragsgesetz auch Betriebsvereinbarungen als Tarifverträge anzuerkennen, soll von den Gewerkschaften aufs äußerste bekämpft und unbedingt abgelehnt werden. Eine weitere Entschließung fordert Auflösung der Technischen Rothlie. Es wird darauf hingewiesen, daß in allen Betrieben bei Streikausbruch die erforderlichen Notstandsarbeiten entsprechend den gewerkschaftlichen Satzungen und Anweisungen verrichtet werden. Zur Wohnungsfrage werden ebenfalls die Beschlüsse des Leipziger Gewerkschaftskongresses wiederholt, in denen die Forderung der Gemeinwirtschaft im Wohnungswesen gefordert wird. Protest erhoben wird gegen die Hauszinssteuer und ihre Verwendung für andere Zwecke als zur Behebung der Wohnungsnot, gegen die wirtschafts- und volksfeindliche Erhöhung der Mieten zugunsten des privaten Hausbesitzes und zu rein städtischen Zwecken und gegen die Vereinfachung des Mietrechts und der gebundenen Wirtschaft des Wohnungswesens. In einer Entschließung zur Heimarbeit wird allen Mitgliedern der Gewerkschaften zur Pflicht gemacht, in Zukunft mehr als bisher dahin zu wirken, daß ihre Frauen und weiblichen Familienangehörigen, die Heimarbeit verrichten, sich der für ihren Berufszweig zuständigen Gewerkschaft anschließen und die von den Gewerkschaften abgefolgten Lohnabkommen unbedingt einhalten. Die Berufsschule wird vom Kongress als eine unbedingt notwendige Bildungsstätte für die heranwach-

sende Jugend anerkannt. Es wird jedoch gefordert, daß auch immer tiefer mit dem Steigen der Lebenshaltungskosten. Durch die tätigen Kräften aus der praktischen Berufsarbeit der Weg zur vollberechtigten Lehrtätigkeit in den Berufsschulen offen bleibt. Dem Unterricht in Staatsbürger- und Lebenskunde soll genügend Raum gewährt werden, die Erteilung von Religionsunterricht nicht Aufgabe der Berufsschule sein. Zu dem Referentenentwurf über das Berufsausbildungsgezet nahm der Kongress in positivem Sinne Stellung. Doch wird es als ein Mangel bezeichnet, daß die Regelung des Lehrplans durch Tarifverträge oder besondere Lehrplangordnungen keine Würdigung gefunden habe. In einer weiteren Entschließung wurde die Arbeit in den Genossenschaften und in der Volksfürsorge allen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern zur Pflicht gemacht, ebenso die Benutzung der Arbeiterbank. Von den Anträgen der Einzelverbände wurde ein Antrag des Eisenbahnerverbandes, Ortsgruppe Vörsach, einstimmig angenommen. Durch ihn werden

ämtliche Gewerkschaften verpflichtet, im Falle eines Kriegsausbruches die Herstellung von Waffen und Munition und den Durchtransport von Truppen und Kriegsmaterial mit allen Mitteln zu verhindern.

Ein Antrag des Bekleidungsarbeiterverbandes Sachsens, der den Austritt der Großkaufsgesellschaft aus dem Arbeitgeberverband fordert, wurde in dem Sinne erledigt, daß der Bundesauschuss zu entsprechenden Verhandlungen mit der G. G. beauftragt wurde.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung

„Die Wirtschaft und die Gewerkschaften“
hielt dann Professor Hermberg-Leipzig ein Referat über die augenblickliche Wirtschaftslage Deutschlands. Er unterzögte zunächst die Gründe für die mangelnde Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt und die daraus entstehende Stagnation der deutschen Produktion mit ihren verelendenden Folgen für die breiten Massen. Die Schwierigkeiten für die deutsche Wirtschaft lagen nicht in der Rohstoffbeschaffung, sondern in den Absatzverhältnissen. Schuld daran trage keineswegs die politische Machtpolitik, umgekehrt sei festzustellen, daß der Stand unfres Vorkriegsabfuges in denjenigen Ländern annähernd am vollständigsten wieder erreicht sei, wie z. B. in Britisch-Indien, Japan, Persien, in zweiter Reihe auch in China, ferner in den Vereinigten Staaten, Neuland, Kanada, demnachst auch in Ecuador und Mexiko, schließlich in Afrika sowie von europäischen Ländern in Schweden, Finnland und Holland. Der Vorzug, den Deutschland in diesen hat, liegt gerade darin, daß unser Land an der Niederbringung der erwachenden asiatischen Völker kein politisches Interesse habe. Die Vorbekämpfung der deutschen Wirtschaft durch die öffentlichen Ausgaben sei von 5 auf 11 Milliarden gestiegen. Über ein Vergleich mit den entsprechenden Höfen der öffentlichen Ausgaben in England, der Schweiz und den Vereinigten Staaten lehre, daß auch dort eine Steigerung der öffentlichen Lasten auf das vier-, drei- und fünffache eingetreten sei. Demgegenüber stehe ein erhebliches Entlastungsporto der deutschen Unternehmungen; die Tatsache, daß die deutschen Löhne ungeheuerlich hinter den aufgezogenen zurückgeblieben seien.

Die Ergebnisse der deutschen Unternehmer an Arbeitslöhnen gegenüber ausländischen Konkurrenten betragen gegenwärtig durchschnittlich etwa 33 Pfg. Stundenlohn für den gelerntem Arbeiter und 20 Pfg. für den ungelerten; insgesamt eine Jahresersparnis von rund 8 Milliarden Goldmark.

Dieser Vergleich bezieht sich dabei noch nicht einmal auf den stärksten Konkurrenten, nämlich auf die Vereinigten Staaten. Die Vorbekämpfung der deutschen Industrie durch Steigerung der deutschen Ausgaben durch die Soziallasten und die Frachtkostensteigerung werde durch diesen Lohndruck mehr als reichlich aufgehoben. Die eigentliche Ursache der verminderten Konkurrenzfähigkeit Deutschlands liege nicht in der Vorbekämpfung, sondern in der technischen und organisatorischen Rückständigkeit der deutschen Betriebe und in der übermäßig hohen Zinsbelastung der deutschen Unternehmungen. Die Unternehmer versuchen ihre Wettbewerbsfähigkeit durch Monopolisierung des Inlandsmarktes zu verbessern. Außerdem suchen sie dasjenige Unkostenkonto herabzudrücken, das ihnen am besten herabsehbar erscheint, nämlich das Lohnkonto. Diese beiden Mittel bedeuten zusammen den Versuch, das deutsche Wirtschaftsleben auf seinem ungünstigen Stande festzuhalten. Aufgabe der Gewerkschaften ist es, das zu verhindern, vor allem auf dem Gebiete der Lohnpolitik. Wenn Schiedsprüche heute mit dem Hinweis auf die kommende Preisabbauphase begründet werden, so können sie nicht mehr ernst genommen werden. (Lebhafte Zustimmung.) Der Kampf der Gewerkschaften um die Wirtschaftsführung müsse die Führung der eigentlichen Wirtschaft, die der heutigen kapitalistischen Wirtschaft schle, unterscheiden von der bloßen Betriebsführung. Wenn die Arbeiterklasse Wirtschaftsführung und technische Betriebsführung verwechselt, so entstehe die Gefahr, daß sie sich nach Branchen trenne und in widerstreitende Produzenteninteressen spalte. Die Hauptaufgabe zur Vorbereitung einer wirklichen Wirtschaftsführung liege in großflächiger Bildungsarbeit. Um diese zu ermöglichen, bleibe aber der Kampf um den Lohn und der Kampf um die Freiheit die Grundlage, ohne die dem Arbeiter geistige Entwicklung immer verlohnen bleiben werde. Dieser Kampf der deutschen Gewerkschaften um die Ermöglichung der geistigen Entwicklung des Arbeiters rechtfertige ihre Existenz unter den höchsten Gesichtspunkten. Sie seien die einzige wirtschaftliche Macht im Kampf gegen einen den Menschen vernichtenden Wirtschaftsmechanismus. (Unhaltender lebhafter Beifall.)

Als Korreferent sprach über Wirtschaftsdemokratie der Verbandsvorsitzende Jaedel. Er ging auf die Bestrebungen der deutschen Unternehmer ein, ihre Konkurrenzfähigkeit zu heben. Die deutsche Arbeiterschaft sei nicht gewillt, eine solche Hebung der Konkurrenzfähigkeit mit den Mitteln zuzulassen, die den amerikanischen Arbeitern in Form einer extremen mechanischen Taylorisierung aufgezwungen wurden. Jaedel stellt einen Ausweg nur in der Steigerung der Persönlichkeitsenergie des einzelnen Arbeiters. Diese lege eine Betriebsführung voraus, die sich zum mindesten auf dem Wege zur Wirtschaftsdemokratie und zur Gleichberechtigung der Arbeiterschaft im Betrieb finden müsse. Der Anfang der Wirtschaftsdemokratie liege im ersten Tarifvertrag der deutschen Buchdrucker aus dem Jahre 1898. Seither sind wir zum Betriebsratsgesetz gekommen, das trotz vieler Unvollkommenheiten die Erfahrungen der Arbeiterschaft in der Betriebsdemokratie erheblich vermehren konnte.

Eine Stärkung des Kampfes der Arbeiterschaft um die Demokratisierung der Wirtschaft könne von ihren eigenen Betrieben und deren Finanzkraft ausgehen. Das starke Interesse der englischen Arbeiterschaft an der Entwicklung der Konsumgenossenschaften sei vorbildlich. Auch die deutsche Bauhüttenbewegung hätte unter Führung Dr. Wagners einen Weg gezeigt, auf dem die Arbeiterschaft sich vom privaten Baukapital unabhängig machen könne. Dazu käme als Machtpositionen für die Demokratisierung

Ausflug zum Lido.

Von Heinrich Wiegand.

Der Bader von 1857, des sauberen Stiles wegen eine genußreiche Pflanzung, tut den Lido mit einem kurzen Saße als eine Benedig vorgelegte Landzunge ab...

Ein der sinken Vaporetti, die in Venedig die Straßenbahn ersetzen, dampfte uns in wenig Minuten für acht Pfennige deutscher Währung von der Riva del Schiavoni hinüber. Bei der Ankunft: Hotelportiers, Reklameschilder, wirkliche Straßenbahnen. Eine Allee durchschneidet die schmale Insel und führt von der Baguna zur Adria.

Die Adria ist hier nicht blau, wie im Foytrott, sondern gelb mit schwacher Beimischung von Grün. Sehr nahe schneidet der blaue Horizont den Gipfel der Bogen. Sämtlich wie ein Fußweg ist der Strand. In vier Reihen stehen duldlos laufend Badehütten, zwischen, vor und hinter ihnen räkelt sich, oft zu Klumpen geballt, entleerte Menschen, Sprachendervierlei, Geräusche, prahlende Wellen — Haupteindruck: es mangelt an Raum.

Im frühen Morgen tranken wir Kaffee, auf der Terrasse. Der Horizont rührte schwarz. Der Mond warf eine Silberfahne übers Meer. Zeitweilig erlöschten die Lichter, und auf dem nunmehr mit Leinwand bespannten Holzrahmen lief ein amerikanischer Kitzfilm: Gesang der Kinos über den Wassern!

Wir traten, Unbehag zu nehmen, noch einmal an die Terrasse. Der Horizont rührte schwarz. Der Mond warf eine Silberfahne übers Meer. Zeitweilig erlöschten die Lichter, und auf dem nunmehr mit Leinwand bespannten Holzrahmen lief ein amerikanischer Kitzfilm: Gesang der Kinos über den Wassern!

Der alte Verdriß.

Von Charles-Louis Philippe.

Viertes Kapitel.

Wie die schönen Tage kurz sind! Sie waren nun immer zusammen. Gegen Ende Oktober wurde es milder, das Himmelsblau hauchte ganz zarte Wellen aus, die die Welt in eine wunderbare Melancholie einhüllten. Sie konnten noch tagsüber auf der Bank sitzen, eng aneinandergeschmiegt, und aus der Straße, aus den Häusern, aus den Vorübergehenden triebliche Gefühle in sich überströmen lassen, die dann still zu ihren Füßen ruhten.

„Ich bedauere, Freund, daß ich dir nur Suppe und Kartoffeln vorlegen kann. Weißt du, was am besten wäre? Wenn du bei ihnen aßest und zu uns kämest, um Ruhe zu haben.“ Die arme Alte lockte für sie, und sie brauchte gar nicht viel Zeit, um den Topf zu rütteln, den Wassereimer zu heben und ein offenes Feuer zu entzünden, aus dem ein beherrschender Qualm aufstieg, weil kein Blasebalg im Hause war.

Jean Mutter kam eines Morgens. Sie legte die Hand auf die Tische ihrer Schürze. Sie überschritt die Stufen der Schwelle mit dem trümpflinigen Ausdruck eines Kindes, dessen Gedanken einfach sind, und sagte: „Du, hör mal. Dein Vater schickt mich. Du hast uns zweihundert Franken gelassen, als du ankamst. Dein Vater will nicht, daß du uns nachsehen könntest, wir hätten dein Geld behalten.“

Im Teatro Lido gab man die Czardasfürstin. In den Hotelgärten waren die Oleanderbüsche mit roten, blauen, grünen elektrischen Glühbirnen illuminiert.

Der Beerenreichtum der Nordländer.

Bei dem allgemeinen Interesse an arktischen Gegenden, das jetzt in so hohem Grade lebendig ist, ist es gewiß nicht uninteressant zu sehen, welche wichtige Rolle im Leben früherer Polarfahrer der Beerenreichtum der nordischen Landstriche gespielt hat und im Leben der Bewohner jetzt noch spielt.

Wer je in Norwegen oder Schweden war, hat die würzige Erdbeere, die Jordbeere, mit Säure gemischt, ebenso die duftenden Himbeeren. Die Zusammenstellung von Milch und Beerenfrüchten und den aus ihnen hergestellten „Roten Grützen“ ist auch schon in Norddeutschland beliebt; in den Nordländern werden sie fast noch mehr geschätzt.

Wo nichts anderes mehr wachsen mag, treiben die unzähligen Arten der Brombeere ihre stahligen Ranken mit den blauschwarzen Früchten. Die wichtigste Brombeere ist zugleich die kleinste, der Zwerg unter ihnen. Es ist die Zwergbrombeere oder Muldebeere, die an Weg und Steg wächst, überall, wo nur ein blickender Erde ihren Wurzeln einen Halt gibt.

unser Entbehren nichts weiter als die Demütigung, sie ertragen zu haben, und du, du spreizt dich da, weil du natürlich recht hast, weil wir dir den Bauch vollgestopft haben und dir unsere Dummheit dazu verholten hat, dich eines Tages für mehr als deine Eltern halten zu können. Das ist traurig!“

Plötzlich fiel die Alte ganz in sich zusammen, und jedem, der sie sah, fiel es überaus auf. Etwas war in ihr gesunken, fast in einer Nacht. Man sagte: „Das ist weiter nicht erstaunlich, das arme Weib! Hat sich aufgegeben, weil es seinen alten Richtstuer ernähren muß.“ Ihre Ohren waren ganz weiß, die Haut ihrer Wangen schlotterte, ihr Blick hatte etwas Starres, wenn sie ihn auf die Steine heftete. Sie war sich über ihren Zustand jedoch nicht klar.

Die Abende ging sie auf die Krefeluche, kam mit ihrem gefüllten Korb zurück und sagte: „Da, ich habe doch noch ganz hübsch gemalt.“ Am folgenden Morgen aber meinte sie beim Aufstehen: „Ich springe so schnell aus dem Bett, weil ich fühle, daß wenn ich es nicht sofort tue, ich den ganzen Tag über liegen bleiben würde.“ Am nächsten folgenden Tag weckte sie den Asten auf: „O Gott, ich kann nicht aufstehen. Und ich werde doch aufstehen müssen, um die Suppe zu machen.“

„Sag mir doch, wo es dir weh tut, Liebe...“ „Ach, Kleiner, mir geht's wie alten Leuten. Mir tut es überall weh.“ Sie begnügte sich damit, Jeans Bett zu machen, dann lehrte sie aus, und von Zeit zu Zeit säufte sie sich auf den Besenstiel. So ging es bis zehn Uhr, dann warf sie sich wütig angefaßt auf ihr Bett. Sie schlief zwar nicht, doch die Ruhe schlen ihrem Kreuz wohlzutun und es wieder einzurecken.

Am Abend vorher hatte sie nicht gründlich gefäubert; nun machte sie die beiden Betten, lehrte die Stube aus, haubte ab. Sie schleppte sich von einer Ecke zur andern, wobei sie die Hände unter ihre Achseln steckte und an den Wänden entlang ging, die ihr zur Stütze dienten. Zweimal mußte sie sich sehen, aber sie wagte nicht, sich anzulehnen, um gleich wieder aufstehen zu können; und unter ihrem Kleid stachen ihre Knochen heraus wie bei einem Huhn, das man ausgenommen hat. Endlich legte sie sich wieder ins Bett und streckte sich dort aus wie ein armes altes Hähnchen, das milde seine Küchlein mit sich schleppt.

Kleine Chronik.

Philharmonische Konzerte. Wie seit vielen Jahren finden im kommenden Winterhalbjahr wiederum 12 Philharmonische Konzerte in der Albertshalle unter Leitung erster Dirigenten und unter Mitwirkung hervorragender Solisten statt.

Altes Theater. Kleists Schauspiel „Prinz Friedrich von Homburg“, das Sonnabend, den 5. September, unter Leitung von Direktor Dr. Kronacher in neuer Inszenierung zur Aufführung gelangt, ist hier zum letzten Male im September 1914 gespielt und seit dem Jahre 1908 nicht neu inszeniert worden.

Das Volkshochschulwesen in Ostland hat seit der politischen Selbständigkeit Ostlands einen großen Aufschwung genommen. Zwar wies die Bevölkerung bei der letzten Volkszählung im Jahre 1922 noch 11,7 Prozent Analphabeten auf, doch entfällt der weitaus größte Teil davon auf Russen und Seto-Estern in einem kleinen Streifen Land, das 1920 durch den Friedensvertrag Ostland zugesprochen worden ist.

Filmchau.

Madama Dubarry (im Ufa-Theater Albertshalle). Der Vorabend dieser Königsbühne — der die Hofen von der Entdeckung der kleinen Puhmacherin als geeignete Sumpfpflanze für den Hof, ihr Aufstieg zur mächtigsten Frau Frankreichs und ihr Ende bis zu jenem Augenblicke umfaßt, wo der Fester das Haupt der Guillotinierten im weiten Schwunge unter das Volk wirft — spiegelt das Heranziehen der großen französischen Revolution wider.

Der König läßt sich eine Matresse nach der andern zuführen, das Hofleben, die Regierung eines ganzen Landes richten sich allmählich danach, welcher Unterrod augenblicklich den König beherrscht. Er will nur Amüsement. Man bringt ihm ein Lobesurteil. Es unterstreicht gelangweilt, ohne zu sehen was, denn seine Augen sind in dem verführerischen Nachtschilde der Matresse verfangen. Was kümmert ihn ein Mensch, der nicht zum hohen Adel gehört, für ihn also namenlos ist? Ein ganzes Volk wird abhängig vom Lotterbet einer Matresse.

„Sag mir doch, wo es dir weh tut, Liebe...“ „Ach, Kleiner, mir geht's wie alten Leuten. Mir tut es überall weh.“ Sie begnügte sich damit, Jeans Bett zu machen, dann lehrte sie aus, und von Zeit zu Zeit säufte sie sich auf den Besenstiel. So ging es bis zehn Uhr, dann warf sie sich wütig angefaßt auf ihr Bett. Sie schlief zwar nicht, doch die Ruhe schlen ihrem Kreuz wohlzutun und es wieder einzurecken.

Mittags mußte sie trotzdem das Essen zurechtmachen. Sie stand auf, schälte Kartoffeln, zerhackt und brist sie. Als die beiden Männer aßen, säufte sie ihren Ellenbogen auf den Tisch, das Kinn auf die Faust und blühte auf ihre Teller, wie die Köchinnen, die sich freuen, wenn es den anderen schmeckt. Der Alte wollte höflich werden:

„Ich doch! Wenn man krank ist, muß man sich kräftigen. Du achtest zuviel auf dich.“ Aber am Nachmittag war sie ganz glücklich. Sie streckte sich auf dem Rücken aus, kreuzte die Hände über dem Leib, und als man die Vorhänge heruntergelassen hatte, war sie wie von der Welt abgepfloffen, und sie und ihr Bett waren eins. Nicht ein Geräusch drang von der Straße her, der Alte hatte die Fensterläden geschlossen, und in der Dunkelheit schien das Zimmer wie ein schönes Land, in dem man schläft.

Der folgende Tag verging auf dieselbe Weise. Der Alte brachte es über sich, gegen seine Gewohnheit nicht erst zu warten, bis ihm die Bissen fertig zubereitet vorgelegt wurden. Er schlittete die Faustheit, die sich bei ihm wie eine Speckfahne angehängt hatte, ab. „Lach doch. Ich werde die Suppe schon selbst machen.“ Sie wollte davon nichts hören und war recht verdrießlich darüber, als sie ihn Feuer anmachen sah.

Am Abend vorher hatte sie nicht gründlich gefäubert; nun machte sie die beiden Betten, lehrte die Stube aus, haubte ab. Sie schleppte sich von einer Ecke zur andern, wobei sie die Hände unter ihre Achseln steckte und an den Wänden entlang ging, die ihr zur Stütze dienten. Zweimal mußte sie sich sehen, aber sie wagte nicht, sich anzulehnen, um gleich wieder aufstehen zu können; und unter ihrem Kleid stachen ihre Knochen heraus wie bei einem Huhn, das man ausgenommen hat. Endlich legte sie sich wieder ins Bett und streckte sich dort aus wie ein armes altes Hähnchen, das milde seine Küchlein mit sich schleppt. (Fortsetzung folgt.)

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 2. September.

Eine Sünderin.

Es geschehen noch Zeichen und Wunder. Die Kirche bekennt sich als — Sünderin. Zwar nicht die gesamte Kirche. So weit sind wir noch nicht. Wohl aber hat die sogenannte Weltkonferenz für praktisches Christentum in Stockholm erklärt: Wir bekennen vor Gott und vor Welt die Sünden und Verfassungen, deren die Kirche sich durch Mangel an Liebe und mitleidender Verständnisse schuldig gemacht hat.

Das schlimmste Blatt in Leipzig, die größte Fabrik für Einwickelpapier, hat es sogar unter der Ueberschrift: „Eine Botschaft an die Christen der Welt“ auf die erste Seite ihrer Messennummer am Sonntag gebracht.

Viele Pastoren werden am Sonntagvormittag mit recht gemischten Gefühlen die Kanzel betreten haben. Die Kirche eine Sünderin. Wie sag ich's meinen Gläubigen? Diese Frage wird das Hirn mancher Geistlichen in Bewegung gesetzt haben.

Dies Schuldbekenntnis wird durchaus nicht von allen Lippen des niederen und hohen Klerus kommen. Bewahre!

Außerdem reicht es nicht aus. Der Sünder muß nicht nur bekennen; er muß auch versuchen, sich zu bessern. Und hier könnte man ein vielgebrauchtes Zitat aus dem „Faust“ anbringen:

„Die Botschaft hör' ich wohl, Allein mir fehlt der Glaube.“

Dann eine weitere Frage an die Herren und Damen, die in Stockholm versammelt waren: Hat die Kirche sich nur durch Mangel an Liebe und mitleidender Verständnisse schuldig gemacht?

Wir könnten ihr noch ganz andre und viel schwerere Sünden vorhalten. Doch unser Papier, das uns heute zur Verfügung steht, würde dazu nicht ausreichen. Ja, nicht einmal die viele Liomering-Messennummer der gottesfürchtigen L. N. N. wäre zu diesem Zweck völlig unzulänglich gewesen. Sowie Papier gibt es wahrscheinlich gar nicht, und daher soll nur eine Frage an die Kirche gerichtet werden:

Wie steht es mit der Anerkennung der Resultate wissenschaftlicher Forschung auf dem Gebiete der Geschichte der Gesellschaft und der — Religion.

Hat die Kirche sie nicht ignoriert? Wie wäre es, wenn die Herren Pastoren statt Religion wirkliche Gesellschafts- und Religionsgeschichte auf wissenschaftlicher Grundlage lehren würden?

Würden sie es tun, dann müßten sie am nächsten Sonntag den Kirchenbesuchern klargemachen versuchen, daß nicht Gott die Menschen hergestelt habe, sondern daß die Menschen Gott erschaffen hätten, daß die christliche Religion nicht von Gott in die Welt gesetzt sei, sondern daß sie auf dem Boden eines jenseitigen Weltreligions als ein für die damalige Zeit notwendiges, gesellschaftliches Mittel entstanden sei, daß sie viele Lehren, Bräuche, den älteren Religionen entnommen habe, daß die christliche Kirche, von der ersten Zeit abgesehen, Staatskirche gewesen sei, und daß sie es als ihre Hauptaufgabe angesehen habe, die Macht der Herrschenden im Zeitalter des Feudalismus, der Sklaverei in Amerika, des Kapitalismus, des Imperialismus zu stützen.

Das wäre die Wahrheit über die christliche Religion, über die christliche Kirche.

Wird sie von den Herren Pastoren verkündet werden? Wissenschaftliche Literatur über Religion und Kirche ist reichlich vorhanden.

Jede größere Buchhandlung steht dem Klerus mit ihrem Katalog zur Verfügung.

Mull.

Die dunkle Messelade.

Die diesjährige Herbstmesse wächst sich immer mehr zu einer wahren Unglücksmesse aus. Ueber den Besuch und über das Geschäft reden wir schon gar nicht. Auch die sojigen „Stimmungsbilder“ des Meschames können der Messe keinen Aufschwung geben. Und die vielen Straßenbahnwagen, die nach dem Ausstellungsgelände fahren, sind leer. In den Arbeiterquartieren aber fehlen sie in den Morgenstunden. Das Gewandhaus hatte nicht einmal seine Konzerte ausverkauft. Es bot noch in diesen Tagen Plätze für — 12 Mark aus. Der Besuch der Oper — hier kostete am Sonntag ein Platz bis zu 15 Mark — läßt auch zu wünschen übrig. Messelade soll eigentlich nicht genommen werden, doch Theater und Konzerthaus hängen trotz aller Ermahnungen der Preisprüfungsstelle noch an den alten Methoden. Wahrscheinlich glauben sie, Händler wie Aussteller seien lauter Kräfte, die ohne weiteres 12 bis 15 Mark für einen Platz ausgeben können. Daß zur Messe auch viele kleine Händler und Gewerbetreibende kommen, die bei den schlechten Geschäften nicht diese hohen Preise entrichten können, scheint man an den maßgebenden Stellen in Leipzig nicht zu begreifen.

Und zu all diesem Unheil stellte sich pünktlich der übliche Wasserschaden ein. Die Messelade konnten erfahren, wie schlecht feinerzeit in Leipzig die Wasserleitung gebaut worden ist. Anderen Städten sind diese häufigen Brüche völlig fremd. In Leipzig muß die Leitung sehr mangelhaft gelegt worden sein. An der städtischen Wasserleitung scheint es auch gefehlt zu haben, sonst hätten doch solche ein Wasserwerk nicht entstehen können. Ja, damals, als das Dreiklassenwahlrecht den Besitzenden die Mehrheit im Stadtverordneten-Kollegium verschaffte, hatten die Unternehmer, die für die Stadt arbeiteten, noch goldene Zeiten. Und sie schenken sich auch wieder nach ihnen, damit sie die Stadt gehörig prellen können.

Noch war der Schaden an der Wasserleitung nicht in Ordnung gebracht, als gestern abend in der inneren Stadt das elektrische Licht verzagte. Ein Unglück kommt eben selten allein. Und dieser Defekt an der elektrischen Leitung schloß Leipzig auch gerade noch.

Vom Presseamt des Rates der Stadt Leipzig geht uns über die Störung in der Lichtanlage folgende Zuschrift zu: „Am Dienstagabend 9 Uhr 25 Minuten mußte infolge eines in Brand geratenen Kabels die Stromversorgung der inneren Stadt unterbrochen werden. Dieses Hauptkabel, das die Verbindung zwischen der Maschinenanlage des U. W. Kaufhaus mit dem Verteilungsnetz herstellt, ist durch einen im Netz verursachten starken Kurzschluß überlastet worden und hat durch den entstehenden Brand auch weitere Kabel zerstört. Nach Prüfung der einzelnen Kabel, die in den Unterwerken Kaufhaus und Magazingasse wie auch in der Frauenschule vorgenommen werden mußte und nach Ausschaltung der zerstörten Kabel, konnte um 11 Uhr 5 Minuten die Anlage im U. W. Kaufhaus wieder in Betrieb genommen und damit die Stromlieferung wieder aufgenommen werden. Störungen dieser Art sind niemals ganz auszuschließen, besonders aber dann nicht, wenn es sich um Hauptkabel handelt, die die Verbindung zwischen den Umspannwerken und den Verteilungsstellen herstellen. In diesem Falle läßt sich auch eine Verbindung von dem benachbarten Umspannwerk nicht ermöglichen, wenn man nicht die Stromversorgung der ganzen Stadt aus dem Netz legen will. Das Bestreben wird und muß bei Ereignissen dieser Art, die zu verhindern nicht in der Macht des Elektricitätswerkes liegt, dahin gehen, die Stromversorgung auf dem kürzesten Wege wieder herzustellen. Daß dieses Ziel nie aus dem Auge gelassen wird, zeigt wieder das letzte Ereignis, bei welchem die gerade nach dieser Richtung ausgebildete Organisation die Mitwirkung aller hierfür vorgesehenen Kräfte schon wenige Minuten nach Eintritt der Störung ermöglicht.“

Leipzig ohne kommunale Totenbestattung.

Der Artikel 10 der Reichsverfassung besagt, daß das Reich im Wege der Gesetzgebung auch Grundrechte aufstellen kann für das Bestattungswesen. Im Artikel 12 heißt es dann „Solange und soweit das Reich von seinem Gesetzgebungsrechte keinen Gebrauch macht, behalten die Länder das Recht der Gesetzgebung.“ Da eine rechtsgeliche Regelung des Bestattungswesens nicht erfolgt ist, war es Aufgabe der Länder, hier voranzugehen. In Sachsen liegt nun schon seit 1923 ein derartiger Gesetzesentwurf vor, leider ist die Beratung bis jetzt im Rechtsausschuß stecken geblieben. Die Länder müßten sich verpflichtet halten, wenn eben das Reich nichts unternimmt, Grundrechte für das Bestattungswesen aufzustellen, deren oberster sein müßte: „Die Friedhöfe sind Eigentum der Gesamtheit und die Bestattung der Toten ist eine Pflichtaufgabe der Gemeinden.“ Von dieser Auffassung ging die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion in Leipzig aus, als sie bei Beratung des Kapitele Friedhöfe des städtischen Haushaltsplanes für das Jahr 1924/25, im November 1924 den Antrag stellte, der Rat möge eine Vorlage über die Einführung der kommunalen Totenbestattung und eine Aufstellung der Kosten derselben dem Stadtverordneten-Kollegium machen. Dielem Antrage ist der Rat jetzt endlich nachgekommen. Er hat den Stadtverordneten die Vorlage zugehen lassen, der folgendes zu entnehmen ist:

Rechtliche Bedenken wegen der Zulässigkeit der Verstaatlichung des Bestattungswesens bestehen nicht, da die Stadt jederzeit das Bestattungswesen als freiwillige Gemeindefaufgabe übernehmen und ordnungsgeliche regeln kann, ebenso liegt, nach einer Reichsgerichtsentscheidung vom 27. Januar 1921, ein Verstoß gegen die Gewerbefreiheit oder eine Verletzung privater Rechte in der Uebernahme nach anerkannter Rechtsprechung nicht vor, denn diese unterscheidet zwischen der Zulassung zum Gewerbe, die nicht berührt wird, und seiner tatsächlichen Ausübung, die allerdings unmöglich gemacht wird.

Man wäre nun, nach Lage der Dinge versucht, anzunehmen, daß nach einer solchen Auffassung, der Rat alles versucht hätte, um die kommunale Totenbestattung durchzuführen. Dem ist leider nicht so. Die größten Schwierigkeiten verursachen die Aufbringung der Mittel. Nach Lage der Dinge lassen die Finanzen der Stadt eine Verstaatlichung des Bestattungswesens nicht zu. Wolte man die einschlechte Form wählen, daß heißt die Uebernahme der 34 privaten Bestattungsanstalten, so ist nach deren eigener Forderung dazu ein Kapital von 6 Millionen Mark erforderlich, eine Summe, die selbst der Rat als zu hoch bezeichnet. Die weiteren erforderlichen Mittel, berechnet der Rat mit 752 000 Mark Anlagekapital, und 200 000 Mark Betriebskapital, insgesamt also 952 000 Mark. An Einnahmen und Ausgaben berechnet er bei einer Zugrundelegung von 8000 Todesfällen im Jahre die Summe von 496 700 Mark.

Bei diesen Summen nun liegt für den Rat der Angelpunkt der ganzen Frage. Er sagt, wenn schon Einnahmen und Ausgaben sich rechnerisch decken, so glaubt er die Einführung der kommunalen Totenbestattung im gegenwärtigen Augenblick abzulehnen zu müssen, wegen der unmöglichen finanziellen Durchführung. Die notwendige 1 Million Mark Anlage- und Betriebskapital steht nicht zur Verfügung. Die Möglichkeit der Beschaffung durch Anleihe ist nicht gegeben, da der Staat die Genehmigung verweigern würde, weil es sich nicht um ein werbendes Unternehmen handelt, eine besondere Steuer für die kommunale Totenbestattung ist ebenfalls nicht zulässig, eine Erhöhung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätspreise, würde von der Bevölkerung nicht verstanden, endlich kommt dann der Erbende Satz: „Über selbst einmal angenommen, es ließen sich die Mittel beschaffen, würden wir sie dringend für die Ausführung von Projekten nötig haben, die weit notwendiger als die Kommunalisierung des Bestattungswesens sind.“

In den Weltwirtschaften war man zunächst völlig im Dunkeln. Dabei waren sie überflüssig. Das Bedienungspersonal erlitt Ausfälle, da manche Herrschaften sorglos, ohne die Zeche zu bezahlen. Die Stimmung über die Störung war groß. Wenigstens jahren die Straßenbahnen, und auch die Gaslaternen spendeten ihr trübes Licht.

Dr. Edeker in Leipzig.

Auf Veranlassung des Rates, des Meschames und der Handelskammer sprach gestern mittag 12 Uhr im Historischenhaus Dr. Edeker, der Führer des Z. R. III nach Amerika, über das Thema: „Weltwirtschaft und Luftschiffahrt“. Lange vor Beginn der Veranstaltung hatte sich in der Windmühlentstraße eine riesige Menschenmenge angelammelt, um Dr. Edeker zu begrüßen; das Filmtheater selbst war gut besetzt. Dr. Edeker wurde bei seinem Erscheinen mit nicht endenwollendem Beifall begrüßt, was dieser schlicht abwies.

In seiner Rede verbreitete sich Dr. Edeker zunächst über die Gründe seines Aufzugs. Die Zeppelin-Gesellschaft in Friedrichshafen sei in Not und könne nur durch die Unterstützung durch das gesamte deutsche Volk aus dieser heraus. Es ist Pflicht des deutschen Volkes, das Kulturwerk des Grafen Zeppelin zu erhalten. Er nahm dann Anlaß, verschiedene Mißverständnisse, die ihm in vielen Zuschriften mitgeteilt wurden, aufzuklären; ebenso klärte er zum wiederholten Male seine Stellung zu Amundsen und forderte, daß endlich einmal unter die Kriegspsychose ein dicker Strich gezogen werde, andernfalls ist eine Zusammenarbeit der Völker gar nicht möglich. Nunmehr behandelte Dr. Edeker die Verwendungsmöglichkeiten des Luftschiffes und in diesem Zusammenhang wies er auf geeignete Verkehrsstellen hin, bei deren Wahl mit großer Gewissenhaftigkeit zu Werke gegangen werden muß. Eine Rentabilitätsberechnung, die der Redner aufmachte, ließ die Existenzfähigkeit solcher Linien erkennen.

Schließlich sei das Luftschiff auch für Landvermessungen nutzbar zu machen. Endlich aber sind die Verwendungsmöglichkeiten für wissenschaftliche Zwecke der Polarforschung gegeben. Es ist eine Weltfrage für Deutschland, ein Luftschiff mit deutscher Besatzung und deutschen Wissenschaftlern für die Lösung des Polarproblems auszurüsten. Die moralischen Eroberungen, die damit gemacht werden können, habe er bei seiner Amerikareise erkannt. Das deutsche Volk darf es nicht dahin kommen lassen, daß das Zeppelin-Luftschiff, mit dem ihn Gefühlsmomente verbinden, untergeht; er habe die Ueberzeugung, daß das deutsche Volk nicht verzagt und die Mittel für die Erhaltung des Zeppelins aufbringt.

Ein Beifallssturm dankte Dr. Edeker und Bürgermeister Hofmann dankte ihm für sein Erscheinen und schloß mit einem Hoch auf Dr. Edeker die Veranstaltung.

Mit diesem Satze zeigt der Rat, daß er eine Verstaatlichung des Bestattungswesens ernstlich gar nicht will. Die ganze Begründung des Rates für die Ablehnung der Einführung der kommunalen Totenbestattung ist so fadensteif, daß jeder Late erkennen muß, daß sie an den Haaren herbeigezogen ist.

Für den Rat spielt nach außen hin die Kostenfrage die große Rolle, damit sucht er den wahren Grund seiner Ablehnung zu verschleiern. Nach der eigenen Berechnung des Rates beträgt das Anlage- und Betriebskapital 952 000 Mark, das macht auf den Kopf der Bevölkerung ca. 1.35 Mark einmalige Ausgabe. Ist man bei der Berechnung für große Projekte immer so vorsichtig gewesen? Wir denken dabei an die verschiedensten Millionenprojekte, den Bau des Grassimusums, die Nachbewilligung von mehr als einer Million für die städtischen Theater, nicht zuletzt an die Mittel für den Flugverkehr. Immer war man großzügig, wenn es sich um Mittel handelte, deren Vorteile die Bourgeoisie einheimste, sowie es sich um Bewilligungen dreht, deren Nutzen in erster Linie dem Proletariat zufließt, knüpft man die Taschen zu, dann ist kein Geld da.

Der wirkliche Grund der Ablehnung des Rates ist der Regiebetrieb. Der Rat in seiner Mehrheit ist Gegner des Regiebetriebes. Er hat nicht den Mut, zur Kommunalisierung, sonst wäre ihm die Frage der Entschädigung an die privaten Bestattungsanstalten nicht die wichtigste. Er scheint aber auch völlig zu übersehen, daß er sich in seiner eigenen Begründung widerspricht. In der angezogenen Reichsgerichtsentscheidung heißt es doch, daß ein Verstoß gegen die Gewerbefreiheit oder eine Verletzung privater Rechte nicht vorliegt. Also kann auch von einer Entschädigung keine Rede sein.

Noch eigenartiger mutet die Begründung der Ablehnung der kostenlosen Totenbestattung an, die bei einer Annahme von ca. 8000 Bestattungen ca. 845 000 Mark Kosten verursachen würde. Ein Betrag der mangels Deckungsmöglichkeit nicht zu tragen wäre, und ein dahingehendes Drogeloh von der Beschlußbehörde nicht genehmigt würde, solange eben nicht Deckung vorhanden ist. Da nach Eintritt stabiler Verhältnisse einem großen Teil der Bevölkerung wieder Sterbefällen, Versicherungen usw. zur Verfügung stehen, mit deren Kosten die Beerdigung oder ein Teil derselben bestritten werden kann, ist nach Ansicht des Rates, der Grund, der in der Instanzzeit für die Einführung der kostenlosen Totenbestattung sprach, nicht mehr gegeben. Die Erhebung einer Steuer für die kostenlose Totenbestattung sei somit nicht angebracht, weil sie die Bevölkerung mit einer dauernden Steuer belastet, an Stelle der nur einmaligen Ausgabe für die Kosten der Beerdigung eines Angehörigen.

Somit Worte, soweit Widersprüche. Ist die Versicherung für den Sterbefall nicht eine freiwillig übernommene Steuer. Zweifellos bedeutet die Kostenfrage Schwierigkeiten, aber diese sind da, daß sie überwunden werden. Große Städte, wie Frankfurt a. M., Heidelberg, Karlsruhe, Mannheim, München, Nürnberg u. a. haben das Begräbniswesen kommunalisiert, haben die Schwierigkeiten überwunden. Die Friedhöfe in Süddeutschland, in der Schweiz, in Frankreich und anderen Ländern befinden sich in Besitz und Verwaltung der Gemeinden. In der Schweiz ist die unentgeltliche Totenbestattung seit Jahren mit bestem Erfolge durchgeführt, ebenso in einer Reihe ländlicher Gemeinden, warum sollte nicht, was in hundertjährigen Gemeinden möglich ist, auch in Leipzig durchführbar sein. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg.

Die ganze Begründung des Rates schlägt sich selbst ins Gesicht durch folgenden Satz am Anfang:

„Die vollkommene Verstaatlichung des gesamten Bestattungswesens hätte sicher das Gute, daß die Gemeinde durch nichts gehindert wäre, es allen sozialen und hygienischen Anforderungen entsprechend auszugestalten.“

Städtische Bäder in Leipzig.

Vor längerer Zeit wurde in einer Veröffentlichung des Amtes für Körperliche Erziehung darauf hingewiesen, daß Leipzig in Bezug auf öffentliche Spielplätze die als Mindestzahl geforderte Quadratmeterzahl überschritten habe und somit an der Spitze marschiere. Leider läßt sich dieses günstige Verhältnis nicht auf die Bäder ausdehnen. Das einzige brauchbare Sommerbad ist das Schreiberbad, das aber auch einer durchgreifenden Uenderung bedürfte, um als modernes Bad bezeichnet werden zu können. Das Wasser ist wohl nicht immer verlockend. Das frühere Ambsche Bad an der Elster ist ebenfalls im städtischen Besitz, aber man muß sich schämen, wenn man an der alten verfallenen Bude mit auswärtigem Besuch vorbeigeht. Das Städtische Freibad am Schleußiger Weg hat unter der Verletzung des Wassers ungemün zu leiden, sein einziger Vorzug ist die Einrichtung als Schwimmlerbad für die Schulen während der Sommerferien. Über ein kleiner Teil der Kinder kann daran nur teilnehmen. Hinszukommen, daß den Kindern noch ein ungewöhnlich weiter Weg zugemutet werden muß, um das Bad zu erreichen.

Soll der Schulschwimmunterricht durchgeführt werden, dann muß er dezentralisiert werden. Im Norden ist die Möglichkeit gegeben durch das neue Südost-Bad, im Norden durch das Wackerbad, im Zentrum durch das Schreiber- und Freibad. Wie steht es aber in Plagwitz, Lindenau und Reitzschhüser und Connewitz? Es liegen wohl verschiedene Bauprojekte vor, aber wann wird die Ausführung vorgenommen, wann wird sie möglichst sein und wie wird sie erfolgen? In Schleußig in der Nähe des Parkes soll ein Osterbad errichtet werden, und zwar mit direkter Flussbenutzung. Bei dem verkommenen Zustand der Elster wirklich keine ideale Anlage. Da der Rat dem starken Badesbedürfnis nicht auf einmal gerecht werden kann, wird er klug handeln, wenn er den Unternehmungen der Körperpflege treibenden Vereine in weitestem Maße entgegenkommt, durch Ueberlassung von Plätzen und sonstiger Unterstützung.

Wie aus verschiedenen Notizen in der Presse hervorgeht, plant der Arbeiter-Schwimmverein Leipzig ein größeres Badesbauprojekt. Der Verein ist für und auf dem Gebiet des Schwimmuterrichts, der seit 20 Jahren in selbstloser Weise von den Mitgliedern erteilt wird. Die dadurch erworbenen Sachkenntnisse dürften eine Musteranlage entstehen lassen, die allen Anforderungen entspricht. Eine rasche Entscheidung der maßgebenden Körperschaften wegen des Landes wird das Projekt schnell zur Tat werden lassen. Der Unterstützung der Arbeiterschaft darf man gewiß sein.

Neue Ausichten

Es wird nicht lange mehr dauern und die Hausbesitzer haben die erste Etappe ihres Kampfes, die volle Friedensmiete, erreicht. Ist die Friedensmiete erreicht, dann liegt auch die Möglichkeit nahe, das Mieterkutschgesetz zu kürzen und die freie Wohnungswirtschaft wieder eingeführt. Auch hier wird es schließlich Regierungen geben, die den Hausbesitzern den Weg zur vollen Entfaltung ihrer „Befehlsherrschaft“ frei machen. Was dann die Mieter zu erwarten haben und wie Hausbesitzerentscheidungen aussieht, geht aus folgenden dem Schreiben hervor:

„Essen, den 4. Juni 1925. Bahnhofstr. 106.“

Fräulein.

Werden.

Auf mein Inserat in der „Essener Allgemeinen Zeitung“ erhalte ich Ihr werres Schreiben. Es handelt sich um eine dreizimmerige Manardenwohnung in meinem Hause Kleiststraße 3, am Stadigarten. Die Manarden sind halbjährig, eine davon mit schönem Balkon und in gutem Zustande. Die Zimmer müßten

... dass die mit dem allmählichen Fortschreiten der Beseitigung der Wohnungsnot eine allmählich fortschreitende Vorkörnung der Zwangswirtschaft vor sich gehen wird.

Gleiche Bestimmungen für ganz Deutschland werden sich hier für aber nicht empfehlen, weil die Verhältnisse in den einzelnen Ländern verschieden liegen. Ob man zu einer völligen Freiheit im Wohnungswesen in der alten Form zurückkehren können, diese Frage — so erklärte der Redner — möchte er offen lassen, das werde davon abhängen, wie sich der Reichstag zum Mieterrecht einstellt. Nach seiner Meinung könnte sich aber auch der Hausbesitzer damit abfinden, wenn selbst bei Wiederkehr der freien Wirtschaft ein festes Mieterrecht bliebe, das sogar im Interesse des Hausbesitzers liegen würde.

Der Redner ging dann noch kurz auf die Bewirtschaftung der Mietzinssteuer ein und vertrat dabei den Standpunkt, daß diese Steuer in Sachen am besten den Gemeinden überlassen werde, daß aber ein Ausgleichsstoff gebildet werden müsse. Zur Erleichterung von Wohnungen sollten, wie die Verhältnisse nun einmal liegen, alle Bauwirtschaftsformen gleichmäßig herangezogen werden. Die Mittel aus der Mietzinssteuer aber sollten zu den wohlfeilsten Bedingungen zur Verfügung gestellt werden. Die Gemeinden könnten auch um so mehr auf eine hohe Verzinsung verzichten, weil ihnen die Gelder nichts kosten und diese obendrein später einmal an sie zurückfließen. Der Redner schloß mit dem Hinweis, daß die Lösung des Wohnungsproblems nicht eine Parteiangelegenheit ist, auch nicht eine Frage des Hausbesitzers oder des Mieters, sondern eine Frage, die das ganze Volk angeht.

Dr. Küll ist bekanntlich der Vorsitzende des Unterausschusses für Wohnungsfragen im Reichstage. Deshalb verdienen seine Ausführungen, die starken Beifall fanden, besondere Beachtung.

Die tapferen Kommunisten.

Ran muß es ihnen lassen, im Maulheldentum ist die Tapferkeit der Kommunisten nicht zu überbieten. Die Tatsachen stehen freilich nur zu oft im schärfsten Widerspruch zu ihren großen Worten, aber das tut bei den Kommunisten nichts zur Sache, denn sie haben ja die Sitten, selbst die schlimmsten Feigheiten abzuleugnen oder in kommunistische Heldentaten umzuwandeln. Der Chemnitzer Kämpfer liefert in seiner Nummer vom 31. August erneut einen Beweis dieser kommunistischen Liegenmanier. In einem Artikel über die Haftentlassung Zellners schreibt der Kämpfer u. a.:

„Was es nicht Zellner und seine Regierung, die vor der schwarzen Reichswehr die Segel flücht? Bedächtig Hedert und Wütcher wurden mit Gewalt entfernt. Zellner wird elend aus.“

In Wirklichkeit ist das Gegenteil richtig! Am dem Tage, an dem im Jahre 1923 die sächsischen Minister auf Anweisung des Hofverträgers Heine von der Reichswehr ihrer Posten enthoben wurden, fand vormittags eine Kabinettsitzung statt, in der beschlossen wurde, daß alle Minister in ihren Dienstzimmern bleiben und nur der Gewalt weichen sollten. Als um 2 Uhr nachmittags die Reichswehr mit klingendem Spiel vor dem Ministerium aufzog und bald darauf bis an die Zähne bewaffnete Reichswehrsoldaten unter der Führung von Offizieren mit geladenen, schußbereiten Gewehren ins Ministerium eindringen, wurden zunächst die Treppen und Gänge stark mit Posten besetzt, dann erfolgte der Vorstoß der tapferen Truppen in die Dienstzimmer der Minister. Den Stahlhelmen auf dem Kopfe, die Gewehre in der Hand, Handgranaten im Gürtel, so zwangen die Soldaten der republikanischen Reichswehr die rechtmäßig nach der Verfassung gewählten und betruenen Minister, ihre Dienstzimmer und dann das Ministerium zu verlassen. Alle Minister des Kabinetts hatten sich an den vormittags gefassten Beschluß gehalten, sie waren im Amt geblieben und wichen nur der Gewalt.

Nur ein Minister hatte die Vorsicht als besseren Teil der Tapferkeit gewählt — er war vor dem Aufmarsch der Reichswehr flüchtig abgetrieben! Dieser eine war der Kommunist Hedert!

Trotzdem hat der Kämpfer die Dreifaltigkeit, jetzt zu schreiben: „Bedächtig Hedert und Wütcher wurden mit Gewalt entfernt!“ Frecher kann wohl kaum gelogen werden, als es in diesem Falle der Kämpfer tut.

Die Dreiundzwanzig sammeln Unterschriften.

Am Freitag fand in Leipzig eine Funktionärerversammlung des Deutschen Legistarbeiterverbandes statt, die zu dem Schiedspruch für die sächsisch-schlesische Textilindustrie Stellung nahm. In dieser Funktionärerversammlung sammelten Anhänger der Dreiundzwanzig, die bekanntlich in führenden Gewerkschaftskreisen zu finden sind, Unterschriften für eine Kandidatur Birsh zum Parteitag in Heidelberg. Von den Unterschriftensammlern wurde gesagt, daß doch eine ganze Richtung von der Delegation aus Sachsen auf dem Parteitag nicht ausgeschlossen werden könne. Wie wir erfahren, sollen 15 bis 20 Delegationsmitglieder ihre Unterschrift für Birsh gegeben haben.

Bekanntlich erfolgen die Delegationen zum Parteitag nach dem Organisationsstatut durch die zuständigen Organisationen im Bezirk. Die Unterschriftenfassungen der Dreiundzwanzig sind also ein überflüssiges Unternehmen. Oder glauben die Dreiundzwanzig, daß der Parteitag für sie ein Parteiausnahmeverfahren ist und ihnen eine besondere Vertretung zusteht?

Tagung sächsischer Volksbibliothekare.

Am 19. und 20. September findet eine Tagung sächsischer Volksbibliothekare in Leipzig statt. Die Tagung soll dem gegenseitigen Austausch von Berufserfahrungen und Wünschen dienen und zu wichtigen Maßnahmen, die für das Volksbibliothekwesen in nächster Zeit in die Wege geleitet werden, Stellung nehmen. Die Tagung beginnt am Sonnabendnachmittag mit Referaten von Regierungsrat Dr. Fritz Rapphahn-Dresden, Direktor Walter Hofmann-Leipzig, Dr. A. Fröbe-Schwarzenberg sowie Berichten von führenden Vertretern der Volksbibliothekarbeit in den einzelnen Ländern. Aussprache und Beschäftigung der neu errichteten 3. sächsischen Bibliothekare schließen sich an.

Nähere Angaben (Programm usw.) sind durch Dr. Fröbe, Vorsitzenden der Landesgruppe Sachsen der Deutschen Zentralstelle für Volkswirtschaftliche Bücherwesen, die die Tagung veranstaltet, zu erhalten (Schwarzenberg, Erg., Badewitz 2).

Der Besuch der Tagung, die allen Volksbibliothekaren offensteht, wird für alle an Volksbibliothekarbeit Interessierte von Bedeutung sein.

Aus den Organisationen.

In einer gutbesuchten Versammlung der SPD. in Plauen wurde folgende Entschliessung angenommen: „Der Parteitag beschließt: Die gesamte Fraktion der Sozialdemokratischen Partei im sächsischen Landtag wird beauftragt, die sofortige Einberufung des Landtages zu fordern, um Beschluß zu fassen über ein Amnestiegesetz und darauf über seine sofortige Auslösung.“

Ferner wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: „Die Ortsgruppe Plauen begrüßt den Genossen Dr. Zellner in der wiedergewonnenen Freiheit und wünscht, daß er die Gefängnisstrafe ohne gesundheitlichen Schaden überstanden haben möge. Sie versichert ihm trotz der wüsten Belege gegen ihn auch weiterhin ihrer Sympathie und fordert von den Parteinstanzen, daß sie dem Genossen Dr. Zellner bei der Schaffung einer neuen Existenz behilflich sein werden.“

„Gruß an Zellner. Eine Mitgliederversammlung des Ortsvereins Zell der SPD., die am 28. August tagte, beschloß einstimmig, folgenden Willkommensgruß an den Genossen Zellner abzusenden: „Die Parteigenossinnen und -genossen des Ortsvereins Zell der SPD. begrüßen anlässlich seiner Haftentlassung den Genossen Zellner als einen der ihrigen und hoffen, daß er wieder seine ganze Kraft in den Dienst der proletarischen Sache stellen wird.“

„Die Parteigenossinnen und -genossen des Ortsvereins Zell der SPD. begrüßen anlässlich seiner Haftentlassung den Genossen Zellner als einen der ihrigen und hoffen, daß er wieder seine ganze Kraft in den Dienst der proletarischen Sache stellen wird.“

„Die Parteigenossinnen und -genossen des Ortsvereins Zell der SPD. begrüßen anlässlich seiner Haftentlassung den Genossen Zellner als einen der ihrigen und hoffen, daß er wieder seine ganze Kraft in den Dienst der proletarischen Sache stellen wird.“

„Die Parteigenossinnen und -genossen des Ortsvereins Zell der SPD. begrüßen anlässlich seiner Haftentlassung den Genossen Zellner als einen der ihrigen und hoffen, daß er wieder seine ganze Kraft in den Dienst der proletarischen Sache stellen wird.“

„Die Parteigenossinnen und -genossen des Ortsvereins Zell der SPD. begrüßen anlässlich seiner Haftentlassung den Genossen Zellner als einen der ihrigen und hoffen, daß er wieder seine ganze Kraft in den Dienst der proletarischen Sache stellen wird.“

„Die Parteigenossinnen und -genossen des Ortsvereins Zell der SPD. begrüßen anlässlich seiner Haftentlassung den Genossen Zellner als einen der ihrigen und hoffen, daß er wieder seine ganze Kraft in den Dienst der proletarischen Sache stellen wird.“

„Die Parteigenossinnen und -genossen des Ortsvereins Zell der SPD. begrüßen anlässlich seiner Haftentlassung den Genossen Zellner als einen der ihrigen und hoffen, daß er wieder seine ganze Kraft in den Dienst der proletarischen Sache stellen wird.“

„Die Parteigenossinnen und -genossen des Ortsvereins Zell der SPD. begrüßen anlässlich seiner Haftentlassung den Genossen Zellner als einen der ihrigen und hoffen, daß er wieder seine ganze Kraft in den Dienst der proletarischen Sache stellen wird.“

„Die Parteigenossinnen und -genossen des Ortsvereins Zell der SPD. begrüßen anlässlich seiner Haftentlassung den Genossen Zellner als einen der ihrigen und hoffen, daß er wieder seine ganze Kraft in den Dienst der proletarischen Sache stellen wird.“

„Die Parteigenossinnen und -genossen des Ortsvereins Zell der SPD. begrüßen anlässlich seiner Haftentlassung den Genossen Zellner als einen der ihrigen und hoffen, daß er wieder seine ganze Kraft in den Dienst der proletarischen Sache stellen wird.“

„Die Parteigenossinnen und -genossen des Ortsvereins Zell der SPD. begrüßen anlässlich seiner Haftentlassung den Genossen Zellner als einen der ihrigen und hoffen, daß er wieder seine ganze Kraft in den Dienst der proletarischen Sache stellen wird.“

„Die Parteigenossinnen und -genossen des Ortsvereins Zell der SPD. begrüßen anlässlich seiner Haftentlassung den Genossen Zellner als einen der ihrigen und hoffen, daß er wieder seine ganze Kraft in den Dienst der proletarischen Sache stellen wird.“

„Die Parteigenossinnen und -genossen des Ortsvereins Zell der SPD. begrüßen anlässlich seiner Haftentlassung den Genossen Zellner als einen der ihrigen und hoffen, daß er wieder seine ganze Kraft in den Dienst der proletarischen Sache stellen wird.“

„Die Parteigenossinnen und -genossen des Ortsvereins Zell der SPD. begrüßen anlässlich seiner Haftentlassung den Genossen Zellner als einen der ihrigen und hoffen, daß er wieder seine ganze Kraft in den Dienst der proletarischen Sache stellen wird.“

„Die Parteigenossinnen und -genossen des Ortsvereins Zell der SPD. begrüßen anlässlich seiner Haftentlassung den Genossen Zellner als einen der ihrigen und hoffen, daß er wieder seine ganze Kraft in den Dienst der proletarischen Sache stellen wird.“

„Die Parteigenossinnen und -genossen des Ortsvereins Zell der SPD. begrüßen anlässlich seiner Haftentlassung den Genossen Zellner als einen der ihrigen und hoffen, daß er wieder seine ganze Kraft in den Dienst der proletarischen Sache stellen wird.“

„Die Parteigenossinnen und -genossen des Ortsvereins Zell der SPD. begrüßen anlässlich seiner Haftentlassung den Genossen Zellner als einen der ihrigen und hoffen, daß er wieder seine ganze Kraft in den Dienst der proletarischen Sache stellen wird.“

„Die Parteigenossinnen und -genossen des Ortsvereins Zell der SPD. begrüßen anlässlich seiner Haftentlassung den Genossen Zellner als einen der ihrigen und hoffen, daß er wieder seine ganze Kraft in den Dienst der proletarischen Sache stellen wird.“

„Die Parteigenossinnen und -genossen des Ortsvereins Zell der SPD. begrüßen anlässlich seiner Haftentlassung den Genossen Zellner als einen der ihrigen und hoffen, daß er wieder seine ganze Kraft in den Dienst der proletarischen Sache stellen wird.“

„Die Parteigenossinnen und -genossen des Ortsvereins Zell der SPD. begrüßen anlässlich seiner Haftentlassung den Genossen Zellner als einen der ihrigen und hoffen, daß er wieder seine ganze Kraft in den Dienst der proletarischen Sache stellen wird.“

„Die Parteigenossinnen und -genossen des Ortsvereins Zell der SPD. begrüßen anlässlich seiner Haftentlassung den Genossen Zellner als einen der ihrigen und hoffen, daß er wieder seine ganze Kraft in den Dienst der proletarischen Sache stellen wird.“

„Die Parteigenossinnen und -genossen des Ortsvereins Zell der SPD. begrüßen anlässlich seiner Haftentlassung den Genossen Zellner als einen der ihrigen und hoffen, daß er wieder seine ganze Kraft in den Dienst der proletarischen Sache stellen wird.“

„Die Parteigenossinnen und -genossen des Ortsvereins Zell der SPD. begrüßen anlässlich seiner Haftentlassung den Genossen Zellner als einen der ihrigen und hoffen, daß er wieder seine ganze Kraft in den Dienst der proletarischen Sache stellen wird.“

„Die Parteigenossinnen und -genossen des Ortsvereins Zell der SPD. begrüßen anlässlich seiner Haftentlassung den Genossen Zellner als einen der ihrigen und hoffen, daß er wieder seine ganze Kraft in den Dienst der proletarischen Sache stellen wird.“

„Die Parteigenossinnen und -genossen des Ortsvereins Zell der SPD. begrüßen anlässlich seiner Haftentlassung den Genossen Zellner als einen der ihrigen und hoffen, daß er wieder seine ganze Kraft in den Dienst der proletarischen Sache stellen wird.“

„Die Parteigenossinnen und -genossen des Ortsvereins Zell der SPD. begrüßen anlässlich seiner Haftentlassung den Genossen Zellner als einen der ihrigen und hoffen, daß er wieder seine ganze Kraft in den Dienst der proletarischen Sache stellen wird.“

„Die Parteigenossinnen und -genossen des Ortsvereins Zell der SPD. begrüßen anlässlich seiner Haftentlassung den Genossen Zellner als einen der ihrigen und hoffen, daß er wieder seine ganze Kraft in den Dienst der proletarischen Sache stellen wird.“

„Die Parteigenossinnen und -genossen des Ortsvereins Zell der SPD. begrüßen anlässlich seiner Haftentlassung den Genossen Zellner als einen der ihrigen und hoffen, daß er wieder seine ganze Kraft in den Dienst der proletarischen Sache stellen wird.“

„Die Parteigenossinnen und -genossen des Ortsvereins Zell der SPD. begrüßen anlässlich seiner Haftentlassung den Genossen Zellner als einen der ihrigen und hoffen, daß er wieder seine ganze Kraft in den Dienst der proletarischen Sache stellen wird.“

„Die Parteigenossinnen und -genossen des Ortsvereins Zell der SPD. begrüßen anlässlich seiner Haftentlassung den Genossen Zellner als einen der ihrigen und hoffen, daß er wieder seine ganze Kraft in den Dienst der proletarischen Sache stellen wird.“

Laufsprecher mit Tonführung in Holz, ein äußerst preiswerter Lampenapparat der Sachsenwerke mit auswechselbarem Variometer, verbesserte Steckbuchsen und Nierenplatten-Kondensatoren, welche eine gerade Wellenlängenkurve ergeben. Auch die Nora-Steckspulen für Wellenlängen von 200 bis 2000 Meter seien mit erwähnt. Auf dem Gebiete der Starkstromtechnik ist als Neukonstruktion ein Kleinautomat der AEG. zu erwähnen, welcher die Stüpsel-Aufhängvorrichtung, sowie ein Drehstromzähler auf federnder Aufhängvorrichtung, sodann ein 300-Ampère-Glasgleichrichter zur Umformung von Dreh- auf Gleichstrom. Auch einige Textilmaschinen hat die AEG herangebracht, und zwar eine Kreuzspulmaschine sowie eine Schnellflechtmaschine für Kabel- und Textilindustrie. Für Schwerhörige ist bemerkenswert der Phonophor. Eine selbsttätige Parallelschaltung, System Vogelvang, elektrische Hauszentralen mit Rohlmotor, sowie fahrbare Kompressoren von Siemens-Schuckert seien auch erwähnt. Das Gebiet von Installationsmaterial und Radiozubehör ist mit Verbesserungen von Schalldosen vertreten. Auf dem Gebiete der Batterien sind zu sehen Anoden-Batterien mit absteckbarer Gittervorspannung von 1,5 bis 9 Volt.

Halle 11 enthält Schweiß- und Schneideanlagen, Pumpen, Kompressoren, Gebläse, Werkzeuge und Werkzeugmaschinen und verschiedene Ausführungsarten von Dieselmotoren. Auf der Freifläche vor Halle 11 sind Fahrzeuge, Förderanlagen und maschinelle Anlagen verschiedener Branchen vertreten. So zeigt ATG einen fahrbaren Muldenkurt-Förderer, verschiedene Lastenaufzugsmaschinen und die von früher her bekannten elektrischen Transportanlagen. Als Neuheit hat Bleichert Elektrokarron für Langholzförderung sowie einen Normantrieb herangebracht. Die bekannte Zschopauer Motorenfirma DKW ist mit einer neuen und schweren Ausführung ihres Kratrades vertreten.

Halle 12 enthält, wie schon zur Frühjahrsmesse, eine teilweise recht anschaulich gehaltene Ausstellung der Eisen- und Stahlindustrie. In der recht abseits gelegenen Halle 13 sind in etwas merkwürdig anmutendem Durchholender Textil-, Karton-, Drucker- und Spezialmaschinen vertreten, wozu noch verschiedene Guß-, Schmiede-, Walz-, Press-, Stanz- und Ziehprodukte der Metallindustrie kommen. Auch die Bureaumaschinen und Bureaubedarf sind in diesem Allerlei mit vorhanden.

Der Besuch ist ziemlich schwach, trotzdem zeigt sich in verschiedenen Abteilungen ein reges Interesse, welches vor allem auf Bedarfskauf eingestellt ist. M. Kr.

Wie die Reichsbetriebe sich an der Preissenkung beteiligen.

Konflikt in der Aluminiumindustrie.

Ein großer Teil, und zwar der ausschlaggebende, der Aluminiumwerke befindet sich im Besitz des Reiches. Die betreffenden Unternehmungen gehören zu den in der Vlag (Ver-einigte Industrie-Aktien-Gesellschaft) zusammengeschlossenen gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen, deren Gesellschaftsanteile im Besitze des Reiches sind. Vor kurzem ist ein Verband der Aluminiumwerke gegründet worden, auf den die Reichsbetriebe maßgebenden Einfluß haben. Die erste Tat des neugegründeten Verbandes war eine Erhöhung der Preise um 10 bis 15 Prozent. Das geschah ungefahr zur gleichen Zeit, in der die Verbilligungsaktion der Regierung einsetzte. Die Folge der Preiserhöhung war, daß die Aluminiumwarenfabrikanten in einer Tagung, die vor kurzem in Leipzig stattfand, die Preislisten des neugegründeten Aluminium-Werkverbandes als unbrauchbar für die Aluminiumwarenindustrie abgelehnt haben. Eine Sitzung, zu der der Aluminiumwerkverband geladen ist, soll am Dienstag stattfinden. Der Verband der Aluminiumwarenfabrikanten hat die Absicht, gegen die Preiserhöhung bei den Regierungsbehörden und den Preisprüfungsstellen entsprechende Schritte zu unternehmen.

Die Preissenkungsaktion und die Reichsbank.

Die Reichsbank kündigt an, daß sie auch ihrerseits zum Abbau der Preis-erwas-tun-will-Sig-verbreitet folgende Erklärung: „Im Interesse einer weiteren Verbilligung der Zins- und Gebührensätze im Bankverkehr und besonders der Befreiung des Zahlungsverkehrs von allen vermeidbaren Spesen hat die Reichsbank sich entschlossen, mit Rückwirkung vom 1. August 1925 die bisher berechneten Giroumsatz- und Pauschgebühren fallen zu lassen und die Girokonten wieder völlig gebührenfrei zu führen. Die Mindestguthaben bleiben unverändert. Die Reichsbank hofft, mit ihrem Vorgehen, das ihr erhebliche Opfer auflagt, auch den anderen Banken eine erneute Ueberprüfung der Konditionen im Sinne einer Verbilligung dieser zu ermöglichen.“

Eine weitere Erleichterung für die Bankwelt hat die Reichsbank dadurch getroffen, daß sie die bisher für Lombarddarlehens-nahmen der Banken und Geldinstitute auf 1 bis längstens 3 Tage festgesetzte Laufzeit versuchsweise auf 5 Tage verlängert hat. Hierdurch werden die genannten Institute der Notwendigkeit enthoben, für kürzeren Bedarf erforderliche Gelder durch Diskontierung von längerfristigen Wechseln beschaffen zu müssen, wodurch die Kosten der Geldentnahme vergrößert, ferner aber auch die Inanspruchnahme der Reichsbank unnötig verlängert würde.“

Man kann im Zweifel sein, ob die Verbilligung der Zinsen und Gebühren auch eine Verbilligung der Warenpreise zur Folge haben wird. Man müßte annehmen, daß eher das Gegenteil der Fall sein wird. Wenn die Kredite verbilligt und die Gewährung und Aufnahme von Krediten erleichtert wird, wird es den Warenbesitzern leichter gemacht, ihre großen Vorräte zu halten, anstatt sie auf den Markt zu bringen.

Erhöhung des Zolls für polnischen Weizen.

SPD. Das Reichsfinanzministerium teilt mit: „Die Reichsregierung hat den Zoll für Weizen polnischen Ursprungs vom Inkrafttreten der Getreidezölle, das ist vom 1. September d. J. ab, auf 10 Mk. für den Doppelzentner festgesetzt.“

Die Reichsregierung hatte bis jetzt lediglich für polnischen Roggen und Hafer erhöhte Zölle vorgesehen. Sie begründet ihre neue Kampfmaßnahme gegen Polen, die von der deutschen Bevölkerung in Hinsicht auf die Getreidepreisbildung, nicht begrüßt werden wird, mit der Tatsache, daß die Polen Deutschland mit Weizen überschwemmen. Es hat den Anschein, daß die wirtschaftlichen Kampfmaßnahmen der deutschen Regierung gegen Polen nicht nur Repressivmaßnahmen sind, sondern außerdem den Zweck haben, den ostelbischen Großagrariern eine unliebsame Konkurrenz vom Leibe zu halten.

Amtliche Preise der Produktebörsen Leipzig.

Produkte	1. September
Weizen, märkischer	316—222
Roggen, märkischer	167—174
Gerste, Sommer	220—250
Futter	—
Winter	180—185
Hafer, märkischer	174—182
Mais	214—218
Weizenmehl	31,25—34,25
Roggenmehl	24,25—26,25

Weizen: Sept. 227, Okt. 245, Dez. 252.
Roggen: Sept. 182,50—183,50, Okt. 193,50, Dez. 198—197,50.
Hafer: Sept. 160, Okt. 178, Dez. 185—188.
Mais: —
Roggenmehl: —
Metalle. Berlin, 1. September, Kupfer (Elektrolyt) 188,50.
Baumwolle. Bremen, 1. September, 25,88.

Wirtschaft

Streifzüge durch die Technische Messe.

Die diesmalige Herbstmesse weist trotz der wirtschaftlichen Schwierigkeiten eine reiche Ausstellung auf, obwohl ja bekanntermaßen die Firmen der Großmaschinen und verschiedene andere der Herbstmesse fern blieben, weil die Spesen zu hohe sind und andererseits das Leipziger Meßamt für keine Erniedrigung der Meßmieten und übrigen Meßgebühren zu haben ist.

Halle 1 wie auch das daneben befindliche Gelände bietet ein reiches Material in Baustoffen, Baubeschlägen, sowie in Eisen und Hochkonstruktion. Halle 2 und 3 enthalten Oefen und Herde in den verschiedensten Ausführungen. Besonders angenehm und schön wirken die in Eisen farbig emaillierten Regulier- und Füllöfen einer bekannten erzgebirgischen Eisengießerei. Als besonders Neuheit hat sie diesmal einen geschmackvollen farbig emaillierten Kamin herausgebracht. Die Freiflächen von den Hallen 1, 2 und 3 bieten eine reiche Uebersicht von Transportmitteln, Aufzügen, Hebezeugen und maschinellen Anlagen verschiedener Branchen. Besonders Interesse verdient die Lilliput-Lokomotive, welche bereits von einem Amerikaner gekauft ist. Weiter sind noch bemerkenswert Farbenspritz-Apparate, Holzhäuser-Konstruktionen, die Dieselmotoren der Deutschen Werke, Wasch- und Plättmaschinen und als besondere Neuheit Schleudorbeton-Ramp-pfähle einer Cassebauder Firma.

In Halle 4 sind Armaturen, Badoefen und verschiedene Abteilungen der Gasverwertung untergebracht, während Halle 5 die Klein-Elektrotechnik, sowie Maschinen für Landwirtschaft, Hauswirtschaft und Nahrungsmittelgewerbe enthält.

In Halle 7 ist wie bisher die deutsche Schuh-, Leder- und Sattlermesse vertreten, wobei allerdings die Mittelhalle zahlreiche Lücken enthält. Besonders Interesse erwecken hier die im Betrieb vorgeführten verschiedenen Schuhreparatur-Maschinen, weil sie hierdurch jedem die Ueberlegenheit und Rentabilität der Maschinenarbeit vor Augen führen.

Halle 8 ist auch recht schwach besetzt, erwähnt seien hierin größere Elektro-Karren mit Führersitz, Elektro-Schlepper, Elektro-Hub-Karren einer Esslinger Firma, sowie Automobil-Feuerlöschgeräte.

In Halle 6 sind, wie bereits zur Frühjahrsmesse, Kraftfahrzeuge und Zubehör, sowie diesmal als Neuheit merkwürdigerweise die Denialmesse untergebracht. Infolge des Ausstellungsverbotes der deutschen Automobilindustrie sind nur amerikanische Wagen vertreten, welche aber unsere deutschen Wagen in bezug auf Preis und Qualität schwerlich übertreffen dürften. Dagegen sind die deutschen Motorräder in verhältnismäßig großer Zahl vorhanden, und zwar als steuerfreie und als mittlere steuerpflichtige Kraft-räder. Auch ein amerikanisches sowie ein englisches Motorrad ist zu sehen. Besonderes Interesse verdient die neue Ausführung des Eibach-Wagens mit Kettenantrieb und dem bekannten DKW-Motor als Kleinkraftmaschine. Die Abteilung Zubehör weist keine neuwertigen Neuheiten auf, abgesehen von der elektrischen Fahrradlaterne „Luxor“, welche Dynamo und Blende in einem Körper vereinigt. Unter den verschiedenen Einzelmotoren ist der bekannte, auch auf der Münchener Verkehrsausstellung vertretene Kühne-Motor besonders zu erwähnen. Vor Halle 6 hat die Firma Senior ihre Kulturgeräte für Kleinfeldbau ausgestellt, die in-folge ihrer Bauart bei der Bodenbearbeitung eine einwandfreie und gesunde Körperhaltung ermöglichen.

Halle 9 birgt hauptsächlich die Meßausstellung des Ver-eins deutscher Werkzeugmaschinenfabriken, allerdings auch nicht allzu dicht. Dagegen ist Halle 10, das Haus der Elektrotechnik, von den Ausstellern gut besetzt. Als Neuheiten auf dem Gebiete des Radio sind vertreten Detektorgeräte mit Niederfrequenzverstärkung bis 4000 Meter Wellenlänge, ein S-Röhrengerät, welches in einem Koffer untergebracht ist, ein

Amtliche Bekanntmachungen.

Herr Alfred Meusch in Großbalda
beabsichtigt, in dem unter Nr. 24 der
Dresdener für Großbalda verzeichneten,
am Dorfplatz gelegenen Grundstück
eine Schweinefleischerei

zu errichten.
Gemäß § 17 der Reichsgewerbeord-
nung wird dies mit der Aufforderung
bekanntgemacht, etwaige Einwendungen
hiergegen, soweit sie nicht auf Privat-
rechts-Titeln beruhen, bei deren Verlust
binnen 14 Tagen, vom Erscheinen dieser
Bekanntmachung an gerechnet, hier an-
zubringen. 2 B 516.
Amtshauptmannschaft Weitzs,
am 31. August 1925.

Der Schmiedemeister Max Jachisch in
Zweinaundorf beabsichtigt, in dem
unter Nr. 36 der Drosdener für Zweinaun-
dorf verzeichneten, an der Leipziger Straße
gelegenen Grundstück

einen Federkrafthammer
mit 30 kg Bärgegewicht und einer Hub-
höhe von 15-20 cm aufzustellen, der
100-250 Schläge in der Minute macht.
Gemäß § 17 der Reichsgewerbeord-
nung wird dies mit der Aufforderung
bekanntgemacht, etwaige Einwendungen
hiergegen, soweit sie nicht auf Privat-
rechts-Titeln beruhen, bei deren Verlust
binnen 14 Tagen, vom Erscheinen dieser
Bekanntmachung an gerechnet, hier an-
zubringen. 2 A 1154.
Amtshauptmannschaft Weitzs,
am 31. August 1925.

Stadtparkasse Schkeuditz
Endstation der Leipziger Außenbahn
Mündelverwahrtes Institut unter Aufsicht
der Stadtgemeinde.
Postfachkonto Leipzig 15915. Fernruf 251.
Annahme von Spareinlagen in jeder
Höhe.

Gegenwärtige Zinsätze:
mit täglicher Verzinsung 5%
mit 1/2 ob. einmonat. Kündigung 7%
mit zweimonatiger Kündigung 8%
mit dreimonatiger Kündigung 9%
Für größere Beträge höhere Sätze nach
Vereinbarung.
Brieftische Auskünfte, Prospekte und
Sparbücher werden gebührenfrei in
Verwahrung genommen.
Kassenstunden: 8-1 und 3-5 Uhr.
Mittwochs und Sonnabends nachmittags
geschlossen.

**Allgemeines Arbeiter-
Bildungs-Institut.**

Oper. Freitag, den 11. September
1925, abends 7 1/2 Uhr, im Reuen
Theater: **Der Barbier v. Sevilla.**
Komische Oper von Rossini. Ein-
gelpfad 2,50 und 1,75 Mk., 3. Rang
Mitte 1,00 Mk., 2. Rang Seite 70 3
Dienstags, den 8. September, abends
8 Uhr, im Volkshaus, großer Saal:
Geschlechtskunde. Aufklärung
des Vortrag von Dr. Magnus Strick-
feldt, mit Beantwortung von Fragen,
die Besucher stellen. — Anrechner
50 Pfg., Nichtanrechner 1 Mk.

**Knorr
Suppenwurst**
Ist, wenn mit Wasser 20 Mi-
nuten gekocht, tafelfertig.
Keine Zutaten mehr nötig!
7 Sorten, 1 Stück = 6 Teller.

**Gemeinschaft prolet. Freidenker
Ortsgruppe Kleinzschocher.**
Freitag, den 4. September, abends 7 1/2 Uhr, findet in der „Terrasse“,
L.-Kleinzschocher
Versammlung
aller hinter dem Hauptvorstand Müller-Maier stehenden Mitglieder
statt. Tagesordnung äußerst wichtig. Eintritt nur gegen Mitgliedsbuch. Listen
zum Einzeichnen liegen am Eingang aus. Die Ortsgruppenleitung.



**National
Kontroll
Kassen**
sind weltberühmt,
und die besten
und billigsten Kontroll-Kassen der Welt
Seit 40 Jahren glänzend bewährt
Verlangen Sie kostenlose Erklärung ohne Verpflichtung für Sie
Laden in LEIPZIG:
Neumarkt 18 (Zeissighaus) — Telefon: 13931
Während der Messwochentage ständig geöffnet

Achtung!

Hochinteressante Vorführung

eines

Hochleistungs- Bandwebstuhles

Tourenzahl 240 / min.

für Baumwolle, Seide, Kunstseide
mit Spulmaschine

von der Firma

Friedrich Lüdorf & Co. G. m. b. H.
Barmen-Rittershausen

Dazu billiger Kurzwaren-Verkauf

- 1 Dkd. Sicherheitsnadeln 5
- fortiert
- Seidenglanz-Stopfgarn 9
- in allen modernen Strumpffarben
- 1 Knäuel à 20 m
- Stopfwirk in verschied. Farben 9
- 2 Rollen à 5 m
- Körperband 10
- 1 Stück à 4 m
- 10 Paar Haarnadeln 10
- glatt oder gewellt
- 2 P. Mato-Schuhriemen 12
- in schwarz, ca. 85 cm lang
- 2 Paar Halbleinenband 12
- à 2 m in verschiedenen Breiten
- 1 Meter Gummiband 15
- in div. Farben, ca. 1 1/2 cm breit
- 1 Paar Halbschuhfentei 18
- aus kunstl. Klett. m. Kante in farb.
- 3 Duzend Wäscheknopfe 18
- aus best. Gebildeinen Messing verf.
- Dele, fortiert in 6 Größen, 16-26
- 1 Rolle à 10 m Nahtband 17
- Rinder-Strumpfhalter 18
- 1 Paar, vertikalbar
- 12 Duzend Holentöpfe 22
- ladiert
- 1 Stück à 4 m Schürzenband 25
- glatt oder gestreift

- Leinenzwirn 2-Sterne à 40 m, 25
- la Qualität schwarz od. weiß
- Wäschebogen 10 m 30
- Nähseiden-Erfag 10 Rollen, 30
- in verschiedenen Farben à 50 m
- Rüschengummiband 32
- aus Kunstseide, leuchtende Farben
- Stahl-Stechnadeln 35
- 1 Dose à 100 Gramm
- Galalith-Schuhanzieher 35
- 1 Stück
- Sodenhalter 1 Paar 38
- Strickwolle 1 Lage à 50 Gramm, 42
- erprobte Qualität
- Damen-Strumpfbänder 48
- 1 Paar
- Stopfei 1 Stück, gefüllt mit Näh- 50
- zeug
- Häutelwolle 1 Lage à 50 Gramm, 78
- 1 Schals od. Kleider, in prächtigen Farben

Auswechselbare Wäscheträger
„Mariga“ mergelirte, Paar 30
„Arella“ kunstseidenes Klett- od. 45
Klettband, Paar
„Triplex“ kunstseidenes Klett- 95
1 Träger trägt 3 Wäschefläche Paar

Unsere
Schaufenster
sind
sehenswert!



Im Erfrischungs-
raum angenehm.
Aufenthalt.
Eig. Konditorei.
Täglich Früh- u.
Nachm.-Konzert

+ Harnröhren +
Blasenleiden, Ausfluß usw.
„Coba verstärkt“ mit Coca-Oel.
Überall erhältlich:
Hauptdep. Adler-Apoth., Hainstr. 9,
Engel-Ap., a Markt, König-Salomo-Ap.,
Grimm, Str. 17, Börsen-Ap., Hall, Tor 12
(Hauptbahnhof), Löwen-Ap., Grimm, Str.,
Carola-Ap., Lindenau a. Markt.

Rübenpfeisefaft
Diverse Sirupe
Richard Jahn
Schützenstraße 21. Telefon 25208

Die kluge, rechnende Hausfrau
kauft ihre Kartoffeln direkt
beim Produzenten und holt
sich, weil es das billigste ist,
Kartoffeln vom Acker
der
Rittergutsverwaltung Zöbinger
bei Leipzig.
Beginn der Kartoffelausgabe
Mittwoch, d. 2. September 1925

Moderne und geschmackvolle
Drucksachen
für
jeden vorstimmenden Bedarf
werden schnellstens geliefert.
Der neuzeitlich eingerichtete
Rotationsbetrieb ist bestens
geeignet zur Herstellung von
Groß- und Kleinauflagen
Leipziger Buchdruckerei
Kettengemeinschaft
Laudauerstraße 19/21

Von der Reise zurück
Dr. Naumann
Oststraße 57

Dr. med. Benedek
Facharzt für
Haut-, Harnleiden u. Kosmetik
Leipzig, Emilienstraße 2, 9-12, 3-6
von der Reise zurück.

Familien-Nachrichten

Die
glückliche Geburt
eines
strammen Schloßfräuleins
zeigen hochertreut an
Paul Barthel u. Frau
Schloß Debrahof
Leipzig-Eutritzsch

Allen Freunden und Bekannten
sagen wir für die herzliche Teilnahme
beim Begräbnis meines unvergess-
lichen, lieben, guten Mannes und
unzweifelbaren Vaters
Kurt Kretschmar
aufrichtigen Dank. Ganz besonders
dem Chef der Firma Stumpf für
seine Unterstützung, ebenso der Be-
legschaft sowie allen beteiligten
Verbandskollegen.
L. Blagwitz, den 31. August 1925.
Martha verw. Kretschmar nebst Kindern.

**Gute
Reklame**
durch das
Insorieren in
der Leipziger
Volkszeitung
bringen
**Gute
Geschäfte**

Unser Sonnenschein und Stolz, unser lieber,
herzensguter, einziger Sohn, Bruder, Neffe und
Enkel
Erich Weiß
ist am 31. August 1925 nach kurzer schwerer
Krankheit für immer von uns gegangen.
In tiefer Trauer
Familie Franz Weiß
nebst Eltern und Verwandten.
Die Beerdigung findet Freitag, den 4. September,
nachmittags 3 Uhr, von der Kapelle des Sellen-
häuser Friedhofs aus statt.

Wir lehnen es ab
in der Presse uns mit den Gegnern gesunder Weiter-
entwicklung der Arbeiterbewegung auseinanderzu-
setzen. Der gesunde Sinn der Arbeiter drängt zum
Zusammenschluß aller Kräfte im Interesse der Gesamt-
heit. Die Leipziger Arbeiterchaft wird sich auf die
Dauer dieser Erkenntnis nicht verlassen können.
Trotz Anpöbeleien von gewisser Seite werden wir
weiter aufklären und der Leipziger Arbeiterchaft
sagen, was ist. Zu diesem Zweck veranstalten wir
Versammlungen
Heute Mittwoch, 8 Uhr, im Gasthof Eling,
Montag, 7. September, 7 1/2 Uhr in Wäzschers
Geisthäle, Kleinzschocher,
Mittwoch, 9. September, 7 1/2 Uhr, im Goldnen
Adler, Lindenau, Angerstraße.
**Verein der Freidenker
für Feuerbestattung e. V.**
Sitz Berlin (Ortsgruppe Leipzig)

Nestler L.-Vo.
Weltunterpreis
Wachstube
(80 cm hoch) la Qual. 1,20-1,68
Silbbeden herrl. 3,00-6,20
Lebentuch, Bettstängel,
Eintauchschl., Beutel.
Linoleum
-Bänder, -Lappche
-Tapisserie
Tapeten
zu bill. Ausnahmepre.
Bernh. Nestler
Eisenbahnstr. 99
a. b. Filialstr. 1
Telephonisch
kannnen Interate nicht
angeworben werden.
Gebühren der Leipz.
Botschaftung.

Bubis Erlebnisse und Streiche.
Bubi hat seine Zerstückungswut an Onkels
Teltenspiegel ausgelebt und nun liegt derselbe in
tausend Scherben am Boden. Da kommt der Onkel
gerade herein, um sich zu rasieren und sieht die
Beschörung. Ein heiliger Zorn erfasst ihn und Bubi
muß eine gebrühete Moralpredigt mit anschließenden
rhythmischen Krümbewegungen des Onkels
über sich ergehen lassen. Onkel kann sich nun
nicht rasieren und jämmerl demontapredichend. Doch
Bubi wärses Ret. Er stellt Onkel den mittels Budo
geputzten Rohrstiel auf den Tisch, und siehe, der
Onkel lecht übers ganze Gesicht, denn der Hoch-
glanz auf dem Spiegel gibt einem Spiegel nicht viel
nach. Er irgt Bubi, wie er des fertigebracht
habe, und Bubi hält ihm einen Vortrag über die
Vorzüge des erstklassigen Schuhpils Budo.
Budo erzeugt im Nu schönsten, dauerhaften Hoch-
glanz, welcher auch bei Regen nicht abblät, Kleider
und Strümpfe werden also nicht beschmutzt. Budo
ist aus feinstem Terpentinöl hergestellt, macht das
Leder weich und geschmeidig und erhält die Lebens-
dauer der Schuhe. Kaufen auch Sie deshalb nur
Budo und merken Sie sich:
Budo Terpentinöl-Creme
immer für die Schuhe nehmen.
Büdowerk, chem. Fabrik, Schwenningen a. N.